

missio

Internationales Katholisches Missionswerk e.V.
Fachstelle Menschenrechte

Dr. Christoph Marcinkowski (Redaktion)

Postfach 10 12 48
D-52012 Aachen
Tel.: 0049-241-7507-00
Fax: 0049-241-7507-61-253
E-Mail: menschenrechte@missio.de

© missio 2013
ISSN 1618-6222

missio-Bestell-Nr. 600327

52

Menschenrechte

Monika Schlicher
Henri Myrntinen

**Osttimors
unvollendete Auf-
arbeitungsprozesse**

Helden und Opfer:
Die Konkurrenz
um Anerkennung
und Reparationen

missio
glauben.leben.geben.

missio
glauben.leben.geben.

Das Anliegen der „Fachstelle Menschenrechte“ ist es, die Kenntnis über die Menschenrechtssituation in den Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens zu fördern. Um diesem Ziel näher zu kommen, engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit und fördern den Austausch der kirchlichen Partner **missios** in Afrika, Asien und Ozeanien mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland. In der Reihe „Menschenrechte“ werden Länderstudien, thematische Studien sowie die Ergebnisse von Fachtagungen publiziert.

Monika Schlicher kennt Osttimor noch aus der Zeit, als das Land völkerrechtswidrig von Indonesien besetzt war. Seitdem engagiert sie sich für die Rechte und Belange der Menschen dort. Sie studierte Geschichte und Politik Südostasiens an der Universität Heidelberg und promovierte 1995 über die portugiesische Kolonialpolitik in Osttimor. In der Organisation Watch Indonesia! – Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Osttimor arbeitete sie als Mitglied der Geschäftsführung von 1997 bis 2012. Sie unterrichtete an verschiedenen Universitäten und bereitet seit 2001 ausreisende Fachkräfte bei der Akademie für internationale Zusammenarbeit der GIZ auf Osttimor vor. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen zu Politik, Gesellschaft und Menschenrechte in Osttimor. In der missio Reihe Menschenrechte erschien 2005 ihre Studie „Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit: Die Arbeit der Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungsarbeit.“

Kontakt: monikaschlicher@web.de

Henri Myrntinen arbeitet seit 1998 zu Osttimor und besuchte das Land zum ersten Mal als Wahlbeobachter beim Unabhängigkeitsreferendum 1999. Seitdem hat er für zahlreiche verschiedene NGOs in und zu Osttimor gearbeitet, vor allem zu Gender-Fragen und Konfliktresolution. Er promovierte 2011 an der University of KwaZulu-Natal in Südafrika zum Thema Männlichkeiten und Gewalt in osttimoresischen Milizen, Banden und Kampfsportgruppen. Er ist Autor mehrerer Studien zu Osttimor und gemeinsam mit Monika Schlicher und Maria Tschanz gab er 2011 das politische Lesebuch „Die Freiheit, für die wir kämpfen ...“, Osttimor in der Unabhängigkeit“ heraus.

Kontakt: henrimyrntinen@gmail.com

- 5 Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei – Laizismus = Religionsfreiheit?**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 205
Human Rights in Turkey – Secularism = Religious Freedom?
in English (2002) – Order No. 600 215
La situation des Droits de l'Homme en Turquie. Laïcisme signifie-t-il liberté religieuse ?
en français (2002) – Numéro de commande 600 225
- 4 Osttimor – der schwierige Weg zur Staatswerdung**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 204
Human Rights in East Timor – The Difficult Road to Statehood
in English (2002) – Order No. 600 214
La situation des Droits de l'Homme au Timor-Oriental – La voie ardue de la fondation de l'État
en français (2002) – Numéro de commande 600 224
- 3 Zur Lage der Menschenrechte in Indonesien. Religionsfreiheit und Gewalt**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 203
Human Rights in Indonesia. Violence and Religious Freedom
in English (2002) – Order No. 600 213
La situation des Droits de l'Homme en Indonésie. Liberté religieuse et violence
en français (2002) – Numéro de commande 600 223
Situasi HAM di Indonesia: Kebebasan Beragama dan Aksi Kekerasan
in Indonesian (2002) – Order No. 600 209
- 2 Menschenrechte im Kongo: von 1997 bis 2001 Die schwierige Lage der Kirchen**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 202
Human Rights in the DR Congo: 1997 until the present day. The predicament of the Churches
in English (2001) – Order No. 600 212
Droits de l'Homme en République Démocratique du Congo : de 1997 à nos jours. Un défi pour les Églises
en français (2002) – Numéro de commande 600 222
- 1 Zur Lage der Menschenrechte in der VR China – Religionsfreiheit**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 201
Human Rights. Religious Freedom in the People's Republic of China
in English (2002) – Order No. 600 211
La situation des Droits de l'Homme en République populaire de Chine – Liberté religieuse
en français (2002) – Numéro de commande 600 221

52

Menschenrechte

Monika Schlicher

Henri Myrntinen

**Osttimors
unvollendete Auf-
arbeitungsprozesse**

**Helden und Opfer:
Die Konkurrenz
um Anerkennung
und Reparationen**

missio
glauben.leben.geben.



Inhalt

5	Prälät Dr. Klaus Krämer: Zum Geleit
6	Forderung
7	Prolog
8	Allgemeine Angaben zu Osttimor
9	Einführung
12	1. Auf der Suche nach dem Königsweg im Umgang mit der belasteten Vergangenheit
13	1.1 Versöhnungspolitik abseits von Amnestie
15	1.2 Unerfüllte Erwartungen: „ <i>Unidade, Paz no Justisia</i> “
16	1.2.1 Osttimors brüchiger Friede
17	1.3 Unvollendete Aufarbeitungsprozesse: Intentionen und politische Realität
18	1.3.1 Strafverfolgung der Menschenrechtsverbrechen
20	1.3.2 Wahrheitssuche
21	1.3.3 Die Nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission
24	1.3.4 Die bilaterale Wahrheits- und Freundschaftskommission
27	2. Helden und Opfer: Die Konkurrenz um Anerkennung und Reparationen
27	2.1 Die Opfer
30	2.2 Die Rolle des Parlaments: Debatten, Schweigen und keine Entscheidung
34	2.3 Die Helden
35	2.3.1 Veteranen
40	2.3.2 Clandestinos und Clandestinas
42	2.3.3 Milizen
45	3. Diskussion
48	4. Fazit
49	Danksagung
50	Auswahl an Literatur zu Osttimor
55	Endnoten

Zitiervorschlag:

Monika Schlicher, Henri Myrntinen

Osttimors unvollendete Aufarbeitungsprozesse Helden und Opfer: Die Konkurrenz um Anerkennung und Reparationen [missio, Internationales Katholisches Missionswerk e.V., Fachstelle Menschenrechte. Christoph Marcinkowski (Hrsg.)]. Aachen: missio, Fachstelle Menschenrechte, 2013. – 60 S. (Menschenrechte ; 52)

Zum Geleit



1999 war Osttimor in aller Munde, heute ist das junge Land aus den Schlagzeilen verschwunden. Noch immer ist Osttimor durch die Folgen der indonesischen Besatzung und der Gewalt und Zerstörung nach dem mutigen Votum der Bevölkerung für die Unabhängigkeit 1999 gezeichnet. Die traumatischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte – das erfahrene Leid, die vielen Toten und Verschwundenen, der Verlust von Hab und Gut – wirken fort. Die juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesse konnten nur begrenzt zu Gerechtigkeit und Versöhnung beitragen. Sie bleiben unvollendet, wie die vorliegende Studie aufzeigt. Viel ist versprochen worden, zu wenig wurde erreicht. Im Ringen um Anerkennung und Reparationen fühlen sich die zivilen Opfer von Menschenrechtsverletzungen inzwischen ausgegrenzt und vergessen. Durch die unbewältigte Vergangenheit staut sich ein Konfliktpotential auf, das sich jederzeit wieder neu entladen kann, wie wir in Osttimor 2006 – 2008 gesehen haben. Die damalige Krise brachte das junge Land an den Rand des Zusammenbruchs. Umso wichtiger ist die Versöhnung zwischen den verfeindeten Menschen und die Versöhnung vieler Einzelner mit ihrer eigenen belasteten Vergangenheit. Hier liegen auch für die katholische Kirche in Osttimor große pastorale Herausforderungen.

Gemeinsam mit kirchlichen Hilfswerken (oder nennen: Misereor, der Kommission Justitia et Pax und dem Diakonischen Werk sowie) und der Menschenrechtsorganisation Watch Indonesia! hat missio die Menschen in Osttimor mit Wahlbeobachtung beim Referendum 1999 solidarisch unterstützt. Wir haben gemeinsam die Verfahren für die Verbrechen in Osttimor vor dem ad-hoc Menschenrechtsgericht in Jakarta beobachtet und uns dafür eingesetzt, dass die Täter der Gräueltaten zur Verantwortung gezogen werden. Unter den Opfern waren auch Katechisten, Ordensschwwestern wie -brüder und Priester. Die katholische Kirche, der ca. 95% der Bevölkerung angehören, wurde zur Zielscheibe, weil sie den Menschen Zuflucht bot und für sie Stimme war. Bischof Carlos Ximenes Belo wurde dafür 1996, gemeinsam mit José Ramos Horta, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

missio unterstützt die Forderungen nach Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission und möchte mit der dieser Studie einen Beitrag dazu leisten, dass die Bedürfnisse der Opfer in Osttimor nicht vergessen werden.

Prälat Dr. Klaus Krämer
missio-Präsident

Forderungen

Die Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, die Regierung und das Parlament der Demokratischen Republik Timor-Leste zu ermutigen und ggf. darin zu unterstützen,

- die unvollendeten juristischen wie gesellschaftlichen Prozesse im Umgang mit der belasteten Vergangenheit fortzusetzen;
- 'Chega!', den Bericht der nationalen Empfangs-, Versöhnungs- und Wahrheitskommission (CAVR) und 'Per Memoriam ad Spem', den Bericht der Freundschafts- und Versöhnungskommission zwischen Indonesien und Osttimor (CTF) im Parlament zu debattieren;
- die Empfehlungen der Wahrheitskommissionen umzusetzen und hierzu:
 - die Gesetzesvorlagen für ein Institut des Erinnerns und ein Programm für Reparationen, das symbolische und materielle Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen in den Jahren 1974 bis 1999 vorsieht, zu implementieren;
 - bis der Prozess der Implementierung vollzogen ist, schutzbedürftige Opfer von Menschenrechtsverletzungen in bestehende Sozialprogramme aufzunehmen;
 - Versöhnungsprozesse auf Gemeindeebene für minderschwere Verbrechen, wie sie von der Wahrheitskommission CAVR durchgeführt wurden, fortzuführen und
 - schwere Straftaten juristisch zu ahnden und damit Bedürfnissen in der Gesellschaft nach Gerechtigkeit, Wahrheit und Versöhnung zu entsprechen;
 - den Anliegen der Opfer Gehör zu schenken und ihren Beitrag zur Unabhängigkeit ausreichend wertzuschätzen und anzuerkennen.

Die Regierungen von Indonesien und Timor-Leste sind aufzufordern, den Aktionsplan zur Umsetzung der Empfehlungen der bilateralen Freundschafts- und Versöhnungskommission (CTF) (Präsidentenverordnung Nr. 72/2011, verkündet von Präsident Dr. H. Susilo Bambang Yudhoyono am 6. Oktober 2011) zu realisieren. Insbesondere sollte die Regierung von Indonesien Auskunft über den Verbleib der gewaltsam verschwundenen Personen geben.

Prolog

Cristina da Conceição, 59 Jahre alt, aktiv in der Gruppe Katholischer Frauen in Oecussi¹

„Wer übernimmt die Verantwortung?“

Ich bin hier geboren und lebe seither hier. Mit 19 Jahren habe ich geheiratet. Früher, in der indonesischen Zeit, hat mein Mann als Beamter gearbeitet. Ich helfe meinem Mann bis heute im Reisfeld. Ich bin diese Arbeit gewohnt, von klein auf. Vier Jahre ging ich zur Schule. Während des Konfliktes 1999 wollten wir alle nach Kefa (Westtimor, Indonesien) fliehen, aber mein Mann und ich mussten uns auf der Flucht trennen. Er ging nach Kefa, und meine zwei älteren Töchter und ich verbargen uns einfach im Reisfeld bis INTERFET (Internationale Eingreiftruppe für Osttimor) nach Oecussi kam. Dann konnten wir wieder zurückkehren. Die Milizen (pro-indonesisch) hatten unser Haus abgebrannt und alle unsere Sachen mitgenommen. Sie haben die brauchbaren Hausteile abgebaut und auch Baumaterial, wie die 33 Säcke Zement und Bausteine, das wir schon bereit hatten, weggeschleppt.

Es ging uns sehr schlecht, wir waren sehr traurig, weil sie alles zerstört hatten. Wir haben diesen Krieg nie gewollt. Eine Frage ging uns immer wieder durch den Kopf und blieb in unserem Inneren: Wer übernimmt die Verantwortung dafür, dass unser Hab und Gut zerstört wurde, dass wir Familienmitglieder verloren haben? Ich glaube, hierauf Antwort zu bekommen, könnte uns schon helfen, unsere Traurigkeit etwas zu verlieren. Uns, deren Häuser verbrannt wurden, müsste der Staat helfen, sie wieder aufzubauen. Denen, die ihre Familie verloren haben, müssten die Staaten Osttimor und Indonesien zu Gerechtigkeit und auch zu Reparationen verhelfen.

Noch immer ist es für jeden Einzelnen von uns täglich Anstrengung, unseren Lebensalltag zu gestalten und weiter zu leben. Wir versuchen, die schlimme Zeit von 1999 zu vergessen, denn das ständige Nachdenken macht uns kaputt, es zerstört unsere Gesundheit. Wir versuchen unermüdlich unser Leben durch die Landwirtschaft, den Reisanbau zu verbessern. Wir haben schon etwas die Hoffnung aufgegeben, dass der Staat uns dabei unterstützt, damit wir zu essen haben und genug zum Verkauf übrig bleibt. Dies beginnt mein Leben und das meines Mannes schwer zu belasten. Es gibt Feiertage, an denen wir hier der Ereignisse aus dieser Zeit gedenken. Doch dies obliegt jedem Einzelnen. Man zündet eine Kerze an und legt Blumen auf dem Friedhof nieder. Die Regierung hat uns vergessen, und so sind auch wir müde geworden und schweigen.

Allgemeine Angaben zu Osttimor

Staatsname	Demokratische Republik Timor-Leste
Fläche	14.874 km ²
Einwohner	1.066.409 (Zensus 2010)
Bevölkerungswachstum	2,8%, 2011; 41,4 % der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt, das Durchschnittsalter beträgt 18,8 Jahre (Zensus 2010)
Lebenserwartung	62 Jahre
Armut	41% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze von 2 UD Dollar pro Tag. Osttimor ist gegenwärtig das ärmste Land in Südostasien, im Human Development Report nimmt Osttimor Rang 147 von 187 Ländern ein.
Sprachen	Nationalsprachen: Portugiesisch und Tetum Amtssprachen: Indonesisch und Englisch
Analphabetenrate	49,4% der erwachsenen Bevölkerung kann nicht Lesen und Schreiben, wobei der Anteil bei Frauen deutlich höher liegt. Über 70% der Schülerinnen und Schüler beenden die Schule vor der 9. Klasse, die höchsten Abgangsraten verzeichnen die ersten beiden Klassen. Im Durchschnitt wird die Schule 2,8 Jahre besucht.
Unabhängigkeit	20. Mai 2002
Staatsform	Parlamentarisch-demokratische Republik
Staatsoberhaupt	Präsident Taur Matan Ruak
Regierungschef	Premierminister Xanana Gusmão
Religionen	ca. 95% Katholiken, kleine Minderheit von Protestanten, Muslimen und Buddhisten

Einführung

Die Last der Vergangenheit in Osttimor wiegt noch immer schwer: Nach der Überwindung der Diktatur in Portugal 1974 mündeten erste politische Gehversuche der Parteien in Osttimor 1975 in einem Bürgerkrieg, der ungefähr 1.500 Menschen das Leben kostete. Wenige Monate darauf, am 7. Dezember 1975, überfiel Indonesien Osttimor und hielt es 24 Jahre lang völkerrechtswidrig besetzt. Indonesiens Militär führte dort ein Regime von Angst und Terror, ging erbittert gegen den Widerstand vor. Bis zu 183.000 Menschenleben, fast ein Drittel der Bevölkerung, sind zu beklagen, so die Schätzung nach einer Erhebung der nationalen Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission (CAVR – Comissão de Acolhimento, Verdade e Reconciliação de Timor Leste). Die Meisten starben an Hunger und Krankheit, rund 18.600 Zivilisten sind gewaltsam getötet oder Opfer von Verschwindenlassen geworden. Mehrheitlich gehen die Verbrechen auf das Konto des indonesischen Militärs und seiner osttimoresischen Hilfstruppen, zu einem geringeren Teil aber auch zu Lasten des Widerstandes. Vertreibungen, willkürliche Verhaftungen, Folter und sexualisierte Gewalt bestimmten das Leben der unterdrückten Menschen in Osttimor. Viel zu lange hat die Staatengemeinschaft den Konflikt ignoriert. Nur dem beharrlichen Widerstand der Osttimoresen und dem anwaltschaftlichen Eintreten von Menschenrechtsorganisationen sowie kirchlichen Hilfswerken ist es zu verdanken, dass die Mauer aus Realpolitik und Ignoranz überwunden werden konnte. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bischof Belo und den Exilpolitiker José Ramos-Horta 1996 ließ den Druck auf Jakarta weiter anwachsen.

Doch erst der erzwungene Rücktritt von Präsident Suharto 1998 machte den Weg für eine politische Lösung des Osttimor-Konfliktes frei. Die Vereinten Nationen führten am 30. August 1999 ein Referendum durch, in dem 78,5% der Bevölkerung für die Unabhängigkeit von Indonesien stimmten. Unbeirrt, trotz massiver Terror- und Einschüchterungskampagnen von pro-indonesischen, lokalen Milizen, die vom indonesischen Militär als Handlanger aufgestellt und ausgestattet wurden, sind die Menschen zur Wahl gegangen. Daraufhin legten die „Söhne Osttimors“² mit Unterstützung der Sicherheitskräfte das Land in Schutt und Asche und begingen Massaker. Auf ihrem Weg der Zerstörung vertrieben sie 200.000 Menschen über die indonesischen Grenze nach Westtimor, weitere 80.000 Menschen, mehrheitlich Befürworter eines Verbleibs bei Indonesien, waren zusammen mit den Milizen freiwillig über die Grenze geflohen. Eine internationale Eingreiftruppe für Osttimor (INTERFET), die wenige Monate später durch UNO-Soldaten abgelöst wurde, landete am 20. September 1999 und beendete das Wüten und Morden. Doch das Land blieb einem Trümmerhaufen:

Systematisch und landesweit war die Infrastruktur (private und öffentliche Gebäude, Energie- und Wasserversorgung) zu gut 70% zerstört, die Hauptstadt Dili stand in Flammen.

Mit den Menschenrechtsverbrechen einher sind viele sozialen Beziehungen zerbrochen. Viele Täter und Opfer kommen aus der gleichen Gemeinde, sind womöglich miteinander verwandt. Manche junge Männer wurden von den Milizen unter Gewaltandrohung zwangsrekrutiert, andere schlossen sich aus politischer Überzeugung, aus familiären Gründen oder des Soldes wegen den Gruppen an. Mit ihrer Beteiligung an Verbrechen sind sie in das System verstrickt worden und haben Schuld auf sich geladen. Auch kommt es immer wieder zu einer Umwälzung zwischen Opfern und Tätern: Einige der Täter von 1999 waren im Bürgerkrieg 1974-75 Opfer, Täter des Bürgerkriegs sind während der Widerstandszeit zu Opfern geworden.

Nach Gewaltkonflikten stehen Staaten und Gesellschaften vor dem schwierigen Aufgabe, wie mit dem begangenen Unrecht umzugehen ist: Wie können die gesellschaftlichen Gräben überwunden und die beschädigten sozialen Beziehungen wieder hergestellt werden, so dass eine langfristig friedensfähige Gesellschaft entstehen kann? Im Fall des Osttimor-Konfliktes gab es verschiedene lokale, nationale und internationale Aufarbeitungsprozesse auf strafrechtlicher wie gesellschaftlicher Ebene. Sie konnten, wie wir aufzeigen werden, in unterschiedlichem Maße nur begrenzt zu Gerechtigkeit, Wahrheit und Versöhnung beitragen.

Bemühungen des osttimoresischen Staates, diejenigen anzuerkennen und zu entschädigen, die zur Befreiung und Gründung der neuen Nation beigetragen haben, waren anfangs zögerlich und sind bisher noch größtenteils begrenzt auf die Veteranen des bewaffneten Widerstandes. Der Prozess ist langwierig und nicht ohne Kontroverse, denn viele, die sich rechtmäßig als Veteranen fühlen, blieben dabei außen vor. Dies sind vor allem Frauen und die große, noch nicht dokumentierte Anzahl der *Clandestinas* und *Clandestinos*, den Mitgliedern des zivilen Widerstandes. Die zivilen Opfer von Menschenrechtsverletzungen warten bislang vergeblich auf Reparationen und Gerechtigkeit. Sie fühlen sich inzwischen ausgegrenzt. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, dass die Regierung den rund 150.000 Flüchtlingen der politischen Krise von 2006 – 2008 Entschädigungen für ihre zerstörten Häuser gezahlt hat. Nach langem Ringen und einigen Anläufen hat das Parlament im September 2010 Gesetzesvorlagen zur Einrichtung eines Erinnerungsinstituts und für ein Programm zu Reparationen angenommen. Damit könnten ganz wesentlichen Bedürfnissen der Opfer entsprochen werden, doch die Beratungen zur Implementierung liegen seitdem auf Eis. Blockiert von politischen Vertretern der Veteranen, die zunächst sicher-

stellen möchten, dass erst die Veteranen versorgt sind, bevor man sich den zivilen Opfern zuwendet.

„Wir sind diejenigen, die für die Unabhängigkeit gekämpft haben, aber wir bleiben weiterhin einfache Leute, die nichts zu sagen haben. Stattdessen sind jene, die für die Unabhängigkeit keine Opfer gebracht haben, nun in hohen Positionen in der Regierung. (...) Unsere Leiden haben keine Anerkennung gefunden, und bislang haben wir keine Unterstützung durch die Regierung erhalten“, klagt die ehemalige politische Gefangene Maria da Silva Benfica.³

Wie es scheint, hat Osttimor bislang noch zu keiner Politik im Umgang mit der belasteten Vergangenheit gefunden, die den unterschiedlichen Bedürfnissen in der Bevölkerung ausgewogen gerecht wird. Vielmehr ist Konkurrenz und Sozialneid unter den unterschiedlichen Opfergruppen entstanden: Wessen Verdienste im Unabhängigkeitskampf werden anerkannt und was ist mit diesem Status verbunden? Welche Folgen hat es, wenn Kräfte des Widerstandes sich marginalisiert und vom Staat vergessen fühlen? Welches Potential von Destabilisierung birgt dies?

Osttimors Umgang mit der belasteten Geschichte gleicht noch immer einer nicht heilen wollenden Wunde: Die politische Führung favorisiert, einen Schlussstrich zu ziehen und propagiert Versöhnung durch Amnestierung. Ihrer Meinung nach sei das Erlangen der Unabhängigkeit Ausdruck von Gerechtigkeit gewesen. Kann diese Politik zu einer Aussöhnung beitragen oder nimmt sie gar Opfern wie auch Tätern diese Möglichkeit und hält sie in ihren Rollen gefangen? Wir beschäftigen uns mit dem Selbstverständnis der Milizionäre von 1999, die verantwortlich für Mord, Zwangsvertreibung und Zerstörung, sich als Helden und Opfer der Umstände sehen. Wie schauen uns an, wie die unterschiedlichen Gruppen in Osttimor für ihre Anliegen nach Anerkennung und Lastenausgleich eintreten. Diesen Fragen möchten wir im vorliegenden Bericht nachgehen. Dazu schauen wir uns die bisherigen Aufarbeitungsprozesse an und diskutieren ihre Ergebnisse im Hinblick auf die Forderungen der verschiedenen Gruppen nach Anerkennung und Lastenausgleich.

1. Auf der Suche nach dem Königsweg im Umgang mit der belastenden Vergangenheit

Der 12. November ist ein offizieller Feiertag in Osttimor. Es ist der Jahrestag des Massakers vom Santa-Cruz Friedhof in der Hauptstadt Dili 1991, bei dem das Militär Indonesiens auf friedliche Demonstranten schoss. Mindestens 270 Menschen verloren ihr Leben. Von vielen fehlt bis heute jede Spur. Sie sind verschwunden. Das Militär vertuschte seine grausamen Taten und verscharrte viele der Leichen in nichtmarkierten Gräbern, eine gängige Praxis, der sich auch 1999 die Milizen bediente. Terezinha da Silva Ximenes, 65 Jahre, trauert seit 1991 um ihren Sohn. *„Ich bitte unsere Führer die Behörden in Indonesien zu kontaktieren und um Auskunft zu fragen, wo die Gräber von meinem Sohn und seiner anderen Kameraden sind. Damit wir ihnen ein menschenwürdiges Begräbnis geben können im Einklang mit unserem Glauben, unserer Religion und der timoresischen Kultur.“*⁴ Tausende Familien sind in Osttimor auf der Suche nach dem Verbleib ihrer Angehörigen, die während des Konfliktes 1975 – 1999 verschwunden sind. Auf staatliche Unterstützung müssen sie weiterhin warten. *„Wir haben eine Verpflichtung und Schuldigkeit gegenüber unseren Kameraden, die damals mit uns gekämpft haben“*, erläutert Januario de Jesus. Gemeinsam mit weiteren Überlebenden des Santa-Cruz-Massakers engagiert er sich in der Organisation 'Komitee 12. November' auf der Suche nach den Gräbern der Verschwundenen. *„Gemäß unserer Tradition müssen die Toten rituell begraben werden. Nur so können wir ein neues Leben anfangen. In unserer Kultur ist es Pflicht, den Toten Ehre zu erweisen und mit ihnen in Kontakt zu bleiben. Ist dies nicht möglich, hat das konkrete Auswirkungen auf die Lebenden. Damit wir leben können, müssen wir die Toten richtig begraben. Sie sind für dieses Land gestorben. Das schulden wir ihnen.“*⁵

Zehntausende von Trauernden in Osttimor gedenken jedes Jahr der vielen Opfer während der Besatzungszeit durch Indonesien von 1975 bis 1999. Unermüdlich erheben sie Forderungen nach Gerechtigkeit und Anerkennung. *„Lasst uns die Vergangenheit vergessen und eine neue Ära gegenseitiger Versöhnung mit Indonesien beginnen“*, so die wiederholte Antwort von Präsident Ramos-Horta. *„Wofür haben wir gekämpft, wenn Verantwortliche nicht vor Gericht gestellt werden“*, fragt hingegen der ehemalige Aktivist Naldo Rei. *„1999, das Erreichen der Unabhängigkeit, das bedeutet für mich, die Vergangenheit zu reflektieren und daraus zu lernen, so dass wir vorwärts schreiten können. Aber dazu muss Gerechtigkeit erzielt werden, ohne Gerechtigkeit kann es keine Versöhnung geben.“*⁶

1.1 Versöhnungspolitik abseits von Amnestie

Einen Königsweg im Umgang mit der belasteten Vergangenheit, gar ein Patentrezept gibt es nicht. Aufarbeitungsprozesse sind von langfristiger Natur und jede Gesellschaft muss dabei ihren eigenen Weg finden. Es ist ein stetiges Ausbalancieren und Abwägen von unterschiedlichen Interessen, ein nicht immer geradlinig verlaufender Weg. Wie viel Aufarbeitung verträgt eine Gesellschaft, wann ist dazu der richtige Zeitpunkt? Wie lässt sich den Forderungen der Opfer nach Anerkennung und Gerechtigkeit entsprechen, wie Täter wieder in die Gesellschaft integrieren? Aus den Erfahrungen anderer Gesellschaften lässt sich zwar lernen, aber Maßnahmen lassen sich nicht einfach übertragen. Vielmehr gilt es, die jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Kontexte zu beachten und vor allem die Ausgestaltung der Versöhnungsprozesse in der Verantwortung der Gesellschaften zu belassen. Zugleich ist es eine wichtige Errungenschaft, dass heute die strafrechtliche Verfolgung schwerer Menschenrechtsverbrechen als Norm der Staatengemeinschaft festgeschrieben und über sie einzufordern ist. Amnestien und Amnesien finden heute als extrem täterbezogene Maßnahmen Ächtung und Opfer von Gewaltanwendungen werden in ihrem Anliegen durch das Recht auf Wahrheit und Reparationen gestärkt.

Oftmals wurde eine Vermischung von Amnesie und Amnestie als ‚nationale Versöhnung‘ ausgegeben. Dies habe, so Geiko Müller-Fahrenholz⁷, den hilflosen Zorn der Opfer und ihrer Angehörigen oft nur noch mehr vertieft und dem Begriff eine negative Färbung verliehen. Umso mehr fordern Opfer Gerechtigkeit. Wie auch in anderen Gesellschaften wird der Begriff Gerechtigkeit in Osttimor jedoch oft sehr unspezifisch angewendet. *„Was ist denn Gerechtigkeit?“,* fragt sich eine ehemalige Clandestino aus Dili. *„Klar, ich kämpfe für die Gerechtigkeit, aber das ist nur meine Version der Gerechtigkeit – wird es für die anderen wie Gerechtigkeit aussehen? Wohl nicht.“* Oft werden auch unter dem Begriff der Gerechtigkeit viele verschiedene Forderungen subsumiert, sei es ein Ende der Straflosigkeit, mehr politische Beteiligung, finanzielle Reparationen oder wirtschaftliche Entwicklung.

Gerechtigkeit und Versöhnung sind zwei Seiten einer Medaille, und beiden wohnt das Element der Wahrheitsfindung inne: Strafprozesse allein können gesellschaftliche Wunden nicht gänzlich heilen, Versöhnung kann ohne eine Übernahme der Verantwortung der Täter und einer Bereitschaft der Opfer nicht stattfinden. Verordnen lässt sich Versöhnung nicht. Wie Geiko-Fahrenholz ausführt, können Versöhnungsprozesse ein sehr wirkungsvolles Instrument sein, die über eine „Vergeben und Vergessen“-Politik oder auch eine Schlussstrich-Politik hinausgehen, wenn sie bestimmte Schritte enthalten. Sie können in innerwie auch zwischenstaatlichen Konflikten so zu einem Vorgang wechselseitiger Befreiung führen. Denn, wo immer ein Verbrechen stattfindet, setzt dies eine

doppelte Wirkungsgeschichte von Schuld und Kränkung in Gang. Die Täterseite wird versuchen sich der Bestrafung zu entziehen, indem sie das Vergehen leugnet oder den Umständen anlastet. Opfer müssen mit Erfahrung von Ohnmacht und Erniedrigung leben, *„die ein Eigenleben entwickeln und von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden“*. Diese Erfahrungen von Demütigungen sind *„eine Beschädigung der Identität und führen zu einer Art von heimlicher Gefangenschaft“*. Im Ergebnis grenzen sich beide Seiten immer mehr von einander ab. Keiner Seite gelingt es, ihre Identität wiederzufinden und wieder in Beziehungen zueinander zu treten.

Eine Versöhnungspolitik, die auf folgenden Schritten basiert, kann diese unheilvolle Dynamik durchbrechen. Sie sollte auf breite zivilgesellschaftliche Unterstützung und langfristig angelegt sein. Am Anfang steht eine Entschuldigung der Täter, deren Ernsthaftigkeit sich daran misst, dass das Unrecht eindeutig benannt und *„ein umfassendes Bild von der Wahrheit über das Unrecht zugelassen“* wird, des Weiteren an der Ausdrücklichkeit, mit der das Bedauern ausgesprochen wird und an der Bereitschaft, *„mit ausgleichenden Maßnahmen dafür gerade zu stehen“*. In einem nächsten Schritt ist die Opferseite gefragt, ob sie die Entschuldigung annehmen möchten, um sich so von der Last der Kränkung und der Opferrolle zu befreien. Ein weiterer Schritt ist es, diesen Vorgang der wechselseitigen Befreiung in einem öffentlich-symbolischen Akt zu verfestigen. Hierzu können auch gemeinsame Gedenktage, Zeremonien, Rituale und Mahnmale dienen. Versöhnungspolitik zielt nicht auf ‚Vergessen‘, es geht darum, *„das Gift der Feindschaft (...) aus den Erinnerungen zu nehmen.“*

„Versöhnungsprozesse sind unvollständig und damit zum Scheitern verurteilt“, führt Geiko Müller-Fahrenholz weiter aus, *„wenn der Aspekt der ‚Reparationen‘ vernachlässigt wird oder gar vollständig unterbleibt“*. Da sich die Vergangenheit nicht ‚reparieren‘ lässt und Verbrechen sich nicht wieder ‚gut‘ machen lassen, plädiert er für die Verwendung des Begriffs Lastenausgleich statt Reparationen. Es gehe darum, die Folgelasten des Verbrechens abzuschwächen und damit die sozialen und ökonomischen Diskrepanzen abzugleichen. Auch in den traditionellen osttimoresischen Gesellschaften ist ein Lastenausgleich in der Rechtsprechung von zentraler Bedeutung. Sie sind mehr als einfache finanzielle Zahlungen, sondern symbolisieren eine Wiederherstellung des gesellschaftlichen und spirituellen, beziehungsweise kosmischen Gleichgewichts.¹⁰ Weniger im Blick ist, dass ein Lastenausgleich auch Wahrheitssuche und öffentliche Anerkennung des Unrechts umfassen. Der Staat übernimmt Verantwortung durch soziale, rechtliche und politische Maßnahmen.

1.2 Unerfüllte Erwartungen: Unidade, Paz no Justisia

Die Erwartungen nach Gerechtigkeit umfassen auch in Osttimor weit mehr als Strafverfolgung und juristische Aufarbeitung. Die Menschen haben für die Unabhängigkeit einen hohen Preis bezahlt: die vielen Toten und Verschwundenen, das erfahrene Leid, die auseinandergerissenen Familien, der Verlust von Hab und Gut. Sie fordern von der Regierung Anerkennung und einen Ausgleich. Viele benötigen medizinische und psychosoziale Behandlung sowie wirtschaftliche Wiederaufbauhilfen. Familien, die Angehörige vermissen und verloren haben, verlangen Unterstützung, die ihnen dabei hilft, die mentalen, physischen und wirtschaftlichen Folgen ihres Verlustes und der erfahrenen Gewalt zu bewältigen.¹¹

„Wir haben damals für die Unabhängigkeit gekämpft und dabei nicht erwartet, dass wir im neuen Staat Minister werden oder Reichtum erlangen könnten. Darum ging es uns nicht und geht es uns auch heute nicht. Aber was wir als ehemalige Widerstandskämpfer erwarten, ist, dass wir ein gutes, menschenwürdiges Leben führen können“, fasst Januario de Jesus, Mitglied des zivilen Widerstandes, die Erwartungen zusammen. *„Die Regierung schaut zu wenig nach denjenigen, die hier im Land im Kampf dabei waren, sondern jetzt werden die eingesetzt, die während des Kampfes draußen, im Exil, waren. Sie haben kein Leid erfahren und keine Wunden davongetragen. Sie finden hier sofort Positionen und führen nun das Land. Auf uns ehemaligen Kämpfern bleiben die Belastungen hängen.“¹²*

Osttimor ist eine junge Nation und erst mit der Besetzung durch Indonesien entwickelte sich ein ausgeprägteres Nationengefühl. Xanana Gusmão gelang es Mitte der 1980er Jahre die diversen Gruppierungen und Parteien in Osttimor in ein Widerstandsbündnis zu führen. Politische Divergenzen wurden dem gemeinsamen Ziel, der Erlangung der Unabhängigkeit, untergeordnet. Neben dem militärischen Widerstand, der Falintil, kämpften die Mitglieder des zivilen Widerstandes: Die unzähligen *Clandestinas* und *Clandestinos*, die unter enormen Risiken Nachschub für die Falintil beschafften und mit politischen Demonstrationen auf den anhaltenden Konflikt in ihrem Land aufmerksam machten. Auf der diplomatischen Ebene setzten sich die Vertreter Osttimors im Exil unermüdlich für das Recht auf Selbstbestimmung ein. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit sind in Osttimor für viele Menschen ein Traum und eine Vision in Erfüllung gegangen. Hoffnungen auf ein Osttimor mit *„Unidade, Paz no Justisia“* – Einheit, Friede und Gerechtigkeit – sind nach der Unabhängigkeit enttäuscht worden. Nachdem die indonesische Besatzungsmacht als ‚gemeinsamer Feind‘ wegfiel, taten sich alte politische Gräben wieder auf. Erwartungen auf eine Verbesserung der Lebensumstände erfüllen sich bislang nur für eine Minderheit.

„Wir haben dabei versagt, den Menschen unseres Landes für die Opfer, die sie kollektiv zur Erlangung der Unabhängigkeit erbracht haben, die nötige Wertschätzung zu geben. ... In der Post-Konflikt-Zeit haben wir unsere ethischen und moralischen Werte einfach vergessen. Hätten wir die kollektiv erbrachten Opfer wertgeschätzt, so würde heute nationales Interesse für das Gemeinwohl an oberster Stelle stehen“, so ein Vertreter der katholischen Kirche.¹³

Ob Veteran, Clandestina oder ziviles Opfer von Menschenrechtsverletzungen, gemein ist diesen Menschen, dass sie ihren Einsatz und ihr Leiden während des Konfliktes 1974 bis 1999 als Beitrag zur Erlangung der Unabhängigkeit sehen. Sie erwarten vom Staat, dass ihr Beitrag angemessen anerkannt wird, wie dies in der Verfassung von Osttimor (Section 11, Valorisation of Resistance) festgeschrieben ist. Reparationen sind für sie integraler Bestandteil von Gerechtigkeit für Verbrechen, die während eines politischen Konfliktes begangen wurden.¹⁴ Sie fordern keine Almosen.

1.2.1 Osttimors brüchiger Friede

Seit Beendigung der indonesischen Gewaltherrschaft 1999 herrscht Frieden in Osttimor. Doch es ist ein brüchiger Friede und es besteht eine soziale Instabilität, die geprägt ist von Armut, politischer Unsicherheit und den bleibenden traumatischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte. 2006 entluden sich politische Spannungen. Ausschlaggebend war die Entlassung von rund 600 Soldaten (Petitionäre) aus der Armee, die gegen die Diskriminierung von Menschen aus dem Westteil des Landes geklagt hatten.¹⁵ Die Sicherheitskräfte kollabierten, es kam zu Straßenkämpfen und massiver Zerstörung. Die Bevölkerung in Dili polarisierte sich nach regionaler Abstammung in ‚Ostler‘ und ‚Westler‘. Rund 150.000 Einwohner der Stadt flohen in Flüchtlingslager, die für zwei Jahre das Stadtbild der Hauptstadt bestimmten. Nur mit Hilfe ausländischer Soldaten konnte die Regierung die Situation wieder in den Griff bekommen, die UNO, just im Abzug begriffen, stellte eine neue Mission auf, die bis Ende 2012 dauern sollte. Nach zähem Ringen trat Premierminister Mari Alkatiri zurück. Die folgenden zwei Jahre waren bestimmt von anhaltenden Spannungen und Bandenkämpfen. Unter dem Deckmantel der Krise konnten persönliche und gesellschaftliche Konflikte mit Gewalt bereinigt werden.

Weder militärisch noch auf dem Verhandlungsweg konnte eine Lösung mit den meuternden Soldaten erzielt werden. Eine Zäsur fand am 11. Februar 2008 statt, als der flüchtige Major Alfredo Reinado mit zehn Gefolgsleuten zur Residenz von Präsident José Ramos-Horta fuhr und dort von den Sicherheitskräften unter ungeklärten Umständen getötet wurde. Ramos-Horta wurde bei weiteren Schuss-

wechseln sehr schwer verletzt. Die Regierung sprach von einem Attentat. Unter dem Druck dieser Ereignisse ergaben sich die Petitionäre und die Bandengewalt ebte ab. Die Gewalt und Verhaltensmuster, die während der Krise angewandt wurden, entsprachen denen des Widerstandes und des Milizenterrors von 1999: Häuser wurden abgebrannt, Menschen vertrieben, Straßensperren errichtet und mit Gerüchten Angst geschürt. Auch die Bevölkerung reagierte entsprechend der Reaktionsmuster, die häufig nach Traumaerfahrungen auftreten. Seither ist es relativ ruhig geblieben, obgleich gewalttätiges Verhalten noch stark verbreitet ist. Vor allem aber sitzt die Angst vor einer neuen Welle der Gewalt noch tief in der Bevölkerung. Diese Krise war für viele eine unfassbare Zeit

1.3 Unvollendete Aufarbeitungsprozesse: Intentionen und politische Realität

In Osttimor haben sich während der Besatzungszeit durch Indonesien (1975 – 1999) schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen begangen worden. Der UN-Sicherheitsrat verlangte im Oktober 1999 mit der Einsetzung der Übergangsverwaltung (UNTAET) in Osttimor, dass die Verantwortlichen für die Gewalt vor Gericht gebracht werden sollen. Eine vom damaligen Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte Kommission, der auch Frau Leutheusser-Schnarrenberger angehörte, empfahl die Einrichtung eines internationalen Tribunals.

Die Aufarbeitungsprozesse der schweren Menschenrechtsverletzungen sind bisher auf strafrechtlicher wie gesellschaftlicher Ebenen erfolgt: Indonesien hat, um ein internationales Tribunal abzuwenden, ein Ad-hoc-Menschenrechtsgericht in Jakarta eingerichtet, in Osttimor etablierte die Mission der Vereinten Nationen ein Hybridgericht und eine Anklagebehörde, die sogenannte Serious Crimes Unit (SCU). Mit breiter gesellschaftlicher und politischer Unterstützung nahm die Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission (CAVR) in Osttimor 2002 ihre Arbeit auf. Strafverfolgung und Wahrheitskommissionen sollten sich ergänzen. Doch auf bilateraler Ebene setzten die Präsidenten von Indonesien und Osttimor im Dezember 2004 eine Wahrheits- und Freundschaftskommission (CTF) ein, letztlich um weiterer Strafverfolgung einen Riegel vorzuschieben. Aus realpolitischen Gründen wünscht Osttimors Regierung keine Weiterverfolgung der Verbrechen aus der Zeit der indonesischen Besatzung. Regierung und Präsident stellen die guten nachbarschaftlichen Beziehungen über die Forderung aus der Gesellschaft nach Strafverfolgung.

1.3.1. Strafverfolgung der Menschenrechtsverbrechen

Das Ad-hoc-Menschenrechtsgericht in Jakarta war nicht Willens, die Hauptverantwortlichen für die Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Im Gegensatz zum Sondergericht in Dili, das aber nicht in der Lage war: Denn viele Täter konnte das Gericht nicht belangen, weil diese sich in Indonesien aufhalten und Indonesien zur Auslieferung nicht bereit ist. Mehr als die Hälfte aller Mordfälle und viele andere schwere Verbrechen von 1999 bleiben damit unaufgeklärt. In Jakarta wurden letztlich alle Angeklagten freigesprochen. In Osttimor sitzt auch keiner der Täter, die vom Sondergericht zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, mehr im Gefängnis. Sie sind über Amnestieregelungen des damaligen Präsidenten José Ramos-Horta frei gekommen. *„Wir sehen die Begnadigungen von Schwerverbrechern seitens unseres Präsidenten als sehr problematisch an“*, so Rosa de Sousa von der Frauenrechtsorganisation Fokupers. *„Im Falle von Joni Marques (Milizenführer von 1999) ist zum Beispiel jetzt ein verurteilter Mörder und Vergewaltiger begnadigt worden. Wir fürchten, dass diese Begnadigungen zu einer Atmosphäre der Straflosigkeit beitragen und zu einem andauernden Gewaltzyklus führen können, besonders auch, was die sexuelle Gewalt angeht.“*¹⁶

Das Kapitel Strafverfolgung ist für die jetzigen Regierungen in Indonesien und Osttimor mit der Übergabe des Abschlussberichtes der Freundschaftskommission geschlossen. Wiederholt beanstandete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Politik der Straflosigkeit und die politische Einmischung in die Justiz. Doch letztlich haben die Vereinten Nationen es auch von Anbeginn an versäumt, dem Strafgericht in Osttimor die nötige Unterstützung zukommen zu lassen.¹⁷ Die UN konnte ihre großen Versprechungen nicht einhalten. Das Hybridgericht in Dili sei ein Kompromiss gewesen, urteilen Braithwaite et al., eine symbolische Maßnahme zur Wahrung des Gesichts der Vereinten Nationen. Mit der finanziellen und personellen Ausstattung konnte das Gericht nur hinter den Erwartungen zurückbleiben.¹⁸ Ein laut UNTAET-Statuten (UNTAET Regulation 2000/15, Section 25) vorgesehener Treuhandfonds zum Wohle der Opfer der Verbrechen und ihren Familien wurde nicht eingerichtet.

Mit der Beendigung der Arbeit des Sondergerichts ging der Strafverfolgungsprozess in Osttimor als gescheiterter Versuch der internationalen Gerichtsbarkeit in die Geschichte ein. Diesen Schluss zieht auch eine vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte Expertenkommission. Doch ihr Mitte 2006 vorgelegter Bericht samt den Empfehlungen, die Verfahren in Jakarta wieder aufzunehmen und gegen neue Beschuldigte zu eröffnen, sowie in Osttimor die Arbeit zu Ende zu bringen, wurde im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als nicht praktikabel zurückgewiesen.

Nach der Gewalteskalation in Osttimor 1999 und dem Eingreifen internationaler Truppen setzten führenden Staaten wie die USA, Australien, Japan und auch die Europäische Union rasch auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu Indonesien. Damit unterliefen sie die Bemühungen der UN um Ahndung der Menschenrechtsverbrechen. Und sie traten auch gegenüber der Regierung in Osttimor für eine Rückkehr zu mehr ‚Realismus‘ ein. Der Druck dürfte nicht unerheblich gewesen sein und angesichts der Abhängigkeit Osttimors von der benötigten Aufbauhilfe auch schwer zu widerstehen.¹⁹ Die Welt fürchtete damals ein Auseinanderbrechen von Indonesien, womöglich eine Rückkehr zu diktatorischen Strukturen und eine Übernahme des Militärs. Es sei nicht im Interesse Osttimors, so Ramos-Horta gegenüber der *tageszeitung* 2002, wenn Indonesien die Erniedrigung durch ein UN Tribunal erfahre. Osttimor müsse in die Zukunft schauen.²⁰

So gilt bis heute, dass für Osttimor die Unabhängigkeit im Moment die größtmöglich zu erreichende Gerechtigkeit sei. *„Wir haben nie gegen Indonesien gekämpft, sondern gegen das Suharto-Regime. Mit unserer Freundschafts- und Versöhnungspolitik gegenüber Indonesien versuchen wir einen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie dort zu leisten“*, erläuterte Nelson Santos, Osttimors Botschafter für die Europäische Union in Berlin 2012. Denn noch immer sei das indonesische Militär eine sehr starke, nicht zu unterschätzende Kraft. *„Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono war zweimal in Osttimor stationiert gewesen und bei Staatsbesuchen treffen wir immer wieder auf noch aktive Militärs, die uns damals gejagt haben. Im Unterschied zu damals, kommunizieren wir heute auf Augenhöhe. Sie können nicht mehr auf uns herabblicken. Doch wie könnten wir sie zum jetzigen Zeitpunkt herausfordern?“*, fragt der Botschafter. Solange Osttimor nicht über eine ausreichend funktionierende Justiz verfüge und zudem noch wirtschaftlich schwach und abhängig sei, könne das Thema nicht angegangen werden. Doch, da ist sich der Botschafter sicher, der Tag wird kommen. Bis dahin aber ist die strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen realpolitischen und geostrategischen Sachzwängen geopfert worden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Indonesien hatten sich von den Prozessen wegen der Gräueltaten in Osttimor eine Signalwirkung für die Aufarbeitung weiterer Verbrechen des Militärs in Indonesien erhofft. So ist der Teufelskreis der Straflosigkeit auch dort bis heute nicht durchbrochen.²¹ In Osttimor pochen Opfer, ihre Familien und Menschenrechtsorganisationen weiterhin auf Gerechtigkeit. *„Wir brauchen Gerechtigkeit, doch selbst unsere Regierung meint, Gerechtigkeit sei für uns nicht so wichtig! Die Bestrafung der Täter, sie vor Gericht zu sehen, das ist für uns Opfer sehr wichtig. Das bedeutet für uns ein Stück weit einen Ausgleich finden zu können, für das, was die Täter getan haben. Auch können wir so*

etwas zur Ruhe kommen und die inneren Wunden können heilen“, so Elisa da Silva dos Santos von der Witwenorganisation Rate Laek (Ohne Gräber)²² Die Regierung, so scheint es, hat zwischen der Versöhnungspolitik gegenüber Indonesien und den Bedürfnissen der Gesellschaft nach Gerechtigkeit und Anerkennung noch nicht die richtige Balance gefunden.

1.3.2. Wahrheitssuche

„Wir als Volk wollen Gerechtigkeit. Die Regierung muss Lösungen finden und Grundlagen schaffen, damit Gerechtigkeit erzielt werden kann. Gleichzeitig“, mahnt Januario de Jesus von der Organisation ‚Komitee 12. November‘, „muss sie darauf achten, dass die innere Einheit unseres Landes nicht zerbricht“. Inspiriert von Nelson Mandelas Weg des Dialoges in Südafrika, setzten Gusmão und Ramos-Horta auch bei der Überwindung der in Osttimor verbliebenen Gräben zwischen Gegnern und Befürwortern der Unabhängigkeit auf Versöhnungsprozesse. Die in Westtimor weilenden hochrangigen Milizenführer stellten in den ersten Jahren der Unabhängigkeit für den jungen Staat ein Sicherheitsrisiko dar. Die Rückführung der rund 200.000 Flüchtlinge, die von den Milizen als politisches Pfand benutzt wurden, war für Osttimor oberste Priorität.

Auf der anderen Seite sind auch die Unabhängigkeitskämpfer nicht ohne Blut an den Händen. Immer wieder geriet die Bevölkerung zwischen die Fronten und mit politischen Gegnern und Gefangenen hat man oft kurzen Prozess gemacht. Brisant und ‚unter Verschluss‘ sind die Säuberungen in den eigenen Reihen. Auch Gusmão und sein innerer Zirkel waren an tödlich verlaufenden internen Machtkämpfen während des langen Widerstandes beteiligt. Die machtvolle Gruppe der Veteranen erwartet von ihrer Führung Anerkennung für ihre Verdienste und Rückhalt.²³ Ein allzu tiefes Graben nach Wahrheit, so die wiederholt vorgebrachten Befürchtungen der politischen Führung, berge enormen politischen und sozialen Sprengstoff. Oder, wie es ein Mitglied der Veteranenorganisation *Sagrada Familia* formuliert: „Stell dir vor, da ist einer, der Jahrzehnte lang in den Bergen für die Unabhängigkeit gekämpft hat und gelitten hat, und jetzt wo die Unabhängigkeit erreicht wurde, wird er als Krimineller hingestellt. Wie wird er sich fühlen? Das ist gefährlich, sehr, sehr gefährlich für die Gesellschaft.“²⁴

In der Haltung „Es war Krieg und wir sind Opfer der Umstände“ fanden Pro-Autonomie und Pro-Unabhängigkeitskräfte einen gemeinsamen Nenner. Bereits im November 1999 gab es ein erstes Treffen der politischen Führung der beiden Lager in Singapur zur Wiederherstellung der Kommunikation und als vertrauensbildende Maßnahme. Weitere, auch unter Beteiligung der bewaffneten Kräfte (Falintil, Milizen) folgten. Eine informelle Übereinkunft mit der

UN-Übergangsverwaltung ermöglichte zunächst sogenannte „Treffen über der Grenze“ in Osttimor. Für Milizen, die sich versöhnungsbereit zeigten, traten Haftbefehle während des Besuches nicht in Kraft. Einige Milizenführer, etliche Mitläufer und vor allem viele Flüchtlinge konnten auf diesem Weg nach Osttimor zurückgeführt werden. 87 Milizenführer wurden vom Sondergericht verurteilt – und kamen dann über Amnestieregelungen wieder frei. Während die Anklagebehörde ermittelte und lokale wie internationale NGOs Strafverfolgung forderten, propagierten Gusmão und Ramos-Horta eine Rückkehr und Wiedereingliederung in die Gesellschaft über Versöhnungsprozesse statt einer harten Bestrafung mit langem Gefängnisarrest. Letzterer Weg war für die UN nicht gangbar und mit der Unabhängigkeit unterzeichnete Osttimor die Menschenrechtspakte. Während seiner Präsidentschaft setzte sich Ramos-Horta sehr für ein Amnestiegesetz ein, doch das Parlament folgte seinem Ansinnen, sich damit über die internationale Verpflichtung, Menschenrechtsverbrechen zu ahnden und über die Verfassung von Osttimor hinwegzusetzen, nicht. Auch Opferorganisationen wehrten sich massiv dagegen. Im Ergebnis führte dies zu einer Pattsituation, in der bislang keine Lösung über eine Rückführung der in Westtimor weilenden Milizenführer gefunden werden konnte. Mit endgültigem Abzug der UNO Ende 2012 steht zu erwarten, dass dieses Thema wieder in die politische Agenda aufgenommen wird.

1.3.3. Die Nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission

Die nationale Wahrheitskommission CAVR hatte die Aufgabe, die vom April 1974 bis zum Abzug des indonesischen Militärs im Oktober 1999 begangenen Menschenrechtsverbrechen zu untersuchen, Versöhnungsprozesse für minderschwere Verbrechen durchzuführen und einen Abschlussbericht mit Empfehlungen vorzulegen. Die Kommission fand breite Akzeptanz, nahm über 7.500 Aussagen von Opfern, Zeugen und Tätern auf und führte über 1.400 Versöhnungsprozesse auf Gemeindeebene durch. Erfahrungen von Gewalt und Unrecht prägen Gesellschaften und alle betroffenen Personen tief und bedürfen der Deutung. Mit einer strafrechtlichen und gesellschaftlichen Aufarbeitung geschehenen Unrechts haben friedliche Entwicklungen nach der Überwindung von Gewaltherrschaft mehr Chancen auf Erfolg. Strafverfolgung und Wahrheitskommission sollten sich ergänzen und gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Gerechtigkeit und Wahrheit entsprochen wird, so dass Versöhnung möglich wird.

„Die Leute der Wahrheitskommission kamen auch nach Liquiça und hat Versöhnungsprozesse zwischen Opfern und Tätern durchgeführt“, so Elisa da Silva dos

Santos, deren Mann beim Massaker an der Kirche 1999 getötet und verschleppt wurde. „In dem als „nahe biti“ („eine Matte ausrollen“) bekannten lokalen Konfliktlösungsverfahren haben Täter ihre Schuld bekannt und es wurde eine Wiedergutmachung ausgehandelt. Es hing dann davon, ob Opfer diese akzeptieren. Die Prozesse haben dazu beigetragen, dass wir in der Gemeinde wieder friedlicher zusammenleben konnten, doch es bleibt das Problem, dass nur die Täter minderschwerer Verbrechen mit ihren Taten konfrontiert werden konnten. Die Täter von schweren Menschenrechtsverletzungen konnten in diese Versöhnungsrituale nicht aufgenommen werden.“²⁵

Das klug überlegte Konzept der Kommission sah vor, dass Täter schwerer Straftaten vor Gericht gebracht würden, dass die Justiz den Stab übernehme. Doch die Ermittlungsbehörde und das Sondergericht mussten 2005 ihre Pforten schließen, obwohl noch nicht einmal die Hälfte aller schweren Verbrechen von 1999 untersucht war. Osttimors Justizwesen selbst ist noch schwach. Es fehlt an Kapazität und Fachkenntnissen, um Prozesse zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu führen. Letztlich fehlte es der Staatsanwaltschaft bisher am politischen Willen.²⁶ Im Rahmen der 2006 aufgestellten UN-Mission UNMIT konnte ein Ermittlungsteam (*Serious Crimes Investigation Team*, SCIT) zur Untersuchung der noch ausstehenden Fälle von 1999 der Generalstaatsanwaltschaft zur Seite gestellt werden. Während zivilgesellschaftliche Organisationen den UN-Sicherheitsrat wiederholt aufforderten, das Mandat des Teams auf den gesamten Konfliktzeitraum von 1974 bis 1999 hinaus auszudehnen, verkündete der damalige Präsident Ramos-Horta öffentlich, dass kein Politiker in Osttimor Gerichtsverfahren für Menschenrechtsverbrechen befürwortet.²⁷ Die Kultur der Straflosigkeit stellt für die Opfer eine schwere Missachtung ihrer Würde und Rechte dar. Auch keiner der Täter, die sich an die Wahrheitskommission gewandt hatten und deren Fälle auf Grund der Schwere der Taten an die Justizbehörden überwiesen wurden, hat bislang die Möglichkeit eines Prozesses erhalten. Auf rund 3.000 schätzen Braithwaite et. al. die Anzahl der Personen, die den Weg der Versöhnung mit der Gesellschaft über die Gemeindeprozesse beschreiten möchten.²⁸ Doch mit Ende des Mandats der Wahrheitskommission gibt es keine Institution, die diese Prozesse anbietet und fortführt.

Häufig stehen sich Täter und Opfer im Alltag gegenüber. „Der Staat“, so Victoria Sakti, „hat sich zu einem ‚Blick nach vorne‘ entschieden, dabei aber übersehen, wie wichtig das Thema in der Gesellschaft bleibt.“ Lokal seien die Verbrechen der Vergangenheit noch lange nicht verhandelt. Familien im Dorf seien tief miteinander verwoben. Die Gewalterfahrung sei nicht nur individuell, sondern umfasse das gesamte soziale Umfeld. Rituale und lokale Erinnerungspraktiken, die dazu durchgeführt werden, können sehr politisch sein und vor allem sind Opfer nicht passiv, sondern treten aktiv für ihre Rechte ein.²⁹

In Liquiça hat die Wahrheitskommission in einer öffentlichen Anhörung den Opfern eine Stimme gegeben, berichtet Elisa da Silva dos Santos weiter. „Sie konnten als Augenzeugen auftreten und aussagen, was ihnen widerfahren ist. Einige haben danach eine kleine finanzielle Anerkennung bekommen. Die Wahrheitskommission hat ihre Arbeit gut gemacht, und die Forderung an das Parlament getragen, dass dem Recht der Opfer genüge zu leisten ist. Wichtig ist, dass Reparationen geleistet werden, und zwar in Form von zwei Dingen: zum einen braucht es ein Symbol der Anerkennung in Form eines Monuments oder durch Gedenktafeln. Zum anderen brauchen wir individuelle Unterstützung durch Entschädigungen.“

Die Wahrheitskommission wurde rasch gewahr, dass viele der Opfer sich in einer sehr kritischen sozialen und wirtschaftlichen Lage befinden. Mit Hilfe der Weltbank konnte sie ein Nothilfeprogramm auflegen und zumindest 712 dieser Opfer mit 200 US Dollar und weiteren Maßnahmen wie Traumaverarbeitung und Zugang zu Gesundheitsversorgung unterstützen.³⁰ In ihrem Bericht empfahl die Kommission der Regierung von Osttimor einen Fonds für Reparationen einzurichten. Neben symbolischen Entschädigungen für alle, sollten schutzbedürftige Opfer materielle Unterstützung erhalten. In den Fonds einzahlen sollten neben Indonesien auch die westlichen Staaten, die das Regime in Jakarta mit Waffenlieferungen unterstützt hatten. Mit großer Verspätung, im Oktober 2005, übergab die Kommission ihren rund 2.500 Seiten umfassenden Abschlussbericht ‚Chega!‘ (Genug!) an den damaligen Präsidenten und heutigen Premierminister Xanana Gusmão. Entschieden wandte er sich gegen eine Wiederaufnahme der Strafverfolgung und gegen die Empfehlung zur Wiedergutmachung der Opfer durch westliche Staaten. Dies sei nicht im Interesse von Osttimor, das langfristig auf Unterstützung durch die Gebergemeinschaft und gute Beziehungen zu den Staaten angewiesen sei. Statt Entschädigungen für die Opfer bevorzugt er Armutsbekämpfung, die zu einem Wohlstand für alle beitragen soll. Mit der Rede vor dem Parlament anlässlich der Präsentation von ‚Chega!‘ im November 2005 entzog Xanana Gusmão dem Bericht die politische Unterstützung und stellte ihn ins Abseits. Zusammen mit dem Bericht standen seither auch die Opfer im Abseits, deren Bedürfnissen und Forderungen nach Anerkennung, Heilung, Reparationen und Gerechtigkeit nicht entsprochen wird. Dabei könnte gerade die Arbeit der Wahrheitskommission dazu genutzt werden, um eine Vision eines friedlichen Miteinanders und eine Abkehr von Gewalt zu befördern. Die Umsetzung der Empfehlungen wäre wesentlich, um die Bevölkerung mit ihrer Vergangenheit und untereinander zu versöhnen.

Viele der in die Kommission gesetzten Hoffnungen sind enttäuscht wurden. Insbesondere die der Opfer und ihrer Familien. Wenn die Wahrheit über Unrecht und Gewalt folgenlos bleibt, bestätigt dies die Macht der Täter und lässt die Opfer

ein weiteres Mal ohnmächtig und verletzt zurück. *„Der Staat Osttimor folgt dem Prinzip, dass die Enthüllung der Wahrheit ein Weg ist Gerechtigkeit zu erlangen, was unter den gegenwärtigen Umständen die bestmögliche Herangehensweise für die Entwicklung des Landes ist“*, bekannte Präsident Xanana Gusmão in seiner Rede vor dem Parlament. Er hat jedoch hierbei nicht die geleistete Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission im Blick. Vielmehr redet er von der bilateralen Freundschafts- und Wahrheitskommission (*Commission for Truth and Friendship*, CTF), die gemeinsam mit der indonesischen Regierung inzwischen als Alternative zur Strafverfolgung eingerichtet wurde.

1.3.4. Die bilaterale Wahrheits- und Freundschaftskommission

Die Kommission entsprang dem Ansinnen beider Regierungen, im Umgang mit der belasteten Vergangenheit einen alternativen Weg zur Strafverfolgung zu gehen. Aufgabe der Kommission war es, die Geschehnisse der Gewalttaten aus dem Jahr 1999 zu durchleuchten, die Beweise der Verfahren und Untersuchungen in Indonesien und Osttimor zu analysieren und institutionelle Täterschaft für die Menschenrechtsverbrechen zu benennen. In ihrem Bericht hierzu schließen sich Empfehlungen an die beiden Staaten an. Da das Mandat auch die Möglichkeit von Amnestien vorsah und Opfer ihres grundlegenden Rechts auf Strafverfolgung beraubt, fand die Kommission zunächst nicht die Zustimmung von Menschenrechtsorganisationen in Osttimor und Indonesien. Auch die Vereinten Nationen verweigerten die Zusammenarbeit, denn Amnestien für Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen verstoßen gegen internationale Normen.

Am 16. Juli 2008 nahmen die Präsidenten Osttimors und Indonesiens in Bali den Abschlußbericht *„Per Memoriam Ad Spem“* (Durch die Erinnerung zur Hoffnung) der Wahrheits- und Freundschaftskommission entgegen. In dem Bericht kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass Pro-Autonomie Milizen, Indonesiens Militär, Polizei und Behörden die institutionelle Verantwortung für die in Osttimor 1999 begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, aber überaus gewichtig: Damit erteilt der Bericht der in Indonesien weitverbreiteten Darstellung, es habe sich bei den Ereignissen 1999 in Osttimor lediglich um Zusammenstöße von osttimoresischen Gegnern und Befürwortern des Referendums gehandelt, eine klare Absage. Dieser Sichtweise waren auch die Ermittlungsbehörden sowie die Mehrzahl der Richter des ad-hoc-Gerichtes in Jakarta gefolgt, die in ihren Urteilen an der de-facto-Kontrolle des Militärs über die Milizen und die Zivilverwaltung Osttimors hinwegschauten und in den Sicherheitskräften letztlich eine neutrale, wenngleich mit der Situation überforderte, Partei sah. Außer einer mündlichen

Entschuldigung des damaligen Präsidenten Abdurrahman Wahid im Jahre 2000, hatte sich Indonesien bislang nicht zu seiner Verantwortung bekannt.

Die Befürchtungen, die Kommission könnte die Wahrheit unter den Tisch kehren, haben sich erfreulicherweise nicht erfüllt. *„Die Kommission schlussfolgert, dass Amnestien nicht vereinbar sind mit den Zielen der Kommission, die da lauten: die menschliche Würde wieder herstellen, Grundlagen für Versöhnung zwischen den beiden Staaten zu schaffen und sicherstellen, dass die Rechtsstaatlichkeit garantiert, dass eine solche Gewalt keine Wiederholung finden kann“*, heißt es dazu im Bericht.³¹ Damit richtet sich die Kommission gegen den aktuellen Trend in Osttimor und Indonesien, Täter politischer Gewalt rasch zu amnestieren oder erst gar nicht vor Gericht zu stellen.

Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono hat bei der Übergabe des Berichtes Verantwortung der Institutionen anerkannt. Er drückte gegenüber denjenigen, die vor und nach dem Referendum 1999 Opfer von Menschenrechtsverletzungen tiefe Reue aus. Er unterließ es aber, wie im Bericht gefordert, eine förmliche Entschuldigung für die Opfer auszusprechen. Osttimors Premierminister Xanana Gusmão und der damalige Präsident Ramos-Horta waren mit dieser abgeschwächten Form einer Entschuldigung zufrieden und betonten, es sei nun an der Zeit sei, nach vorne zu blicken.

Das Mandat der Freundschaftskommission endete mit der Übergabe des Berichtes. Die Verantwortung für die Umsetzung der Empfehlungen liegt bei den Präsidenten der beiden Staaten. Die Empfehlungen umfassen u.a. institutionelle Reformen im Sicherheitssektor und der Justiz, sowie ein Dokumentations- und Konfliktlösungszentrum in Dili und Jakarta. Das Zentrum soll nicht nur als Bildungseinrichtung und Archiv dienen, sondern auch Mediatoren ausbilden. Auch sollen Menschen, die auf Grund der Gewalterfahrung Traumata erlitten haben psychologische Hilfe erhalten.

Auch die Freundschaftskommission spricht sich für einen Solidaritätsfonds zur humanitären Unterstützung für die Opfer der Gewalt aus. Aus Respekt für all diejenigen, die 1999 und davor Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren, einschließlich Gefangenschaft, Mord und Verschwindenlassen, sollen ihre Familien angemessene Unterstützung erhalten. Zum Schicksal der Verschwundenen empfiehlt die Kommission, dass beide Staaten miteinander kooperieren, nötige Informationen bereitstellen und sie den Familienangehörigen zugänglich machen. Damit kommt die Kommission der zentralen Forderung der vielen Familien in Osttimor nach, die auf der Suche nach ihren Angehörigen sind. Gleichsam legt die Kommission den Fokus auf die ungefähr 4.000 osttimoresischen Kinder, die während des Kriegs verschleppt wurden. Deren Aufenthaltsorte sollen auffindig gemacht und ihren Familien mitgeteilt werden. Die Kinder wurden von

einzelnen Soldaten und Beamten oft ohne Wissen und gegen den Willen der Eltern mitgenommen, aber auch von staatlichen Institutionen nach Indonesien verschickt. Viele, aber nicht alle, waren Waisen. *„Die Verschleppung von Kindern, vorgeblich ihrer Ausbildung und Zivilisierung wegen, ist seit jeher eine übliche Praxis von Kolonialisten, um die unterlegenen Gruppen politisch zu unterdrücken“*, folgert Helene van Klinken. Sie zieht Parallelen zur Politik Australiens gegenüber den Kindern von Aborigines bis in die 1970er Jahre und zum Lebensborn-Programm des Nazi-Regimes in Deutschland.³²

Der Bericht der Wahrheits- und Freundschaftskommission ist demnach stärker als von vielen Beobachtern erwartet. Eine Koalition aus Opferverbände und Nichtregierungsorganisationen forderte, *„Jetzt kennen wir die Wahrheit, jetzt brauchen wir Gerechtigkeit!“*. Unterstützung erhält sie von indonesischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen. *„Die Gewalt in Osttimor ist alles andere als aufgearbeitet, den Opfern ist keineswegs Gerechtigkeit widerfahren, und die wenigsten Täter wurden bestraft. Wir sollten den CTF-Bericht nutzen, dagegen anzukämpfen, dass die Verbrechen in Osttimor und die Betroffenen in Vergessenheit geraten!“*, fordert Usman Hamid von der indonesischen NGO KontraS.³³ Die Menschenrechtsorganisationen und Opferverbände finden sich mit diesen Forderungen in guter Gesellschaft: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon nutze die Übergabe des Berichtes an die Präsidenten von Indonesien und Osttimor und fordert die beiden Staaten auf, nun konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Opfer zu entschädigen.

2. Helden und Opfer – Die Konkurrenz um Anerkennung und Reparationen

„Der Präsident hat den Tätern (der Verbrechen) bereits Amnestie gewährt, und was werden die politischen Führer uns, den Opfern geben? Wenn sie uns keinerlei Unterstützung geben, dann sollte der Präsident ein Gesetz zur Bestrafung der Mörder schaffen, so dass wir eine gewisse Genugtuung haben. Sie sind hochmotiviert Kriminelle zu amnestieren, aber indem sie uns vernachlässigen, verstärken sie nur noch unser Gefühl des Leidens.“ (männl. Opfer aus Maliana, 24. Mai 2008)

2.1. Die Opfer

Sowohl die nationale wie auch die bilaterale Wahrheitskommission haben in ihren Empfehlungen Anerkennung und Reparationen für die Opfer gefordert. Doch das Parlament war wenig erpicht darauf, sich mit der belasteten Vergangenheit zu befassen. Bei einem ersten Anlauf 2008 wurde der Tagesordnungspunkt wieder vertagt. Im Dezember 2009 verabschiedete das Parlament schließlich eine Resolution, in der es die Arbeit der beiden Wahrheitskommissionen als einen wertvollen Beitrag zu Wahrheit, Versöhnung und Gerechtigkeit anerkannte und ihre Abschlussberichte begrüßte. Es beauftragte den Ausschuss A des Parlamentes innerhalb von drei Monaten gesetzliche Grundlagen für die Bildung einer Nachfolgeinstitution der beiden Wahrheitskommissionen zu schaffen. Dieser Institution soll es dann obliegen, die Empfehlungen umzusetzen. *„Es wäre wichtig, dass es im Parlament eine Debatte zu ‚Chega!‘ (Bericht von CAVR) gibt, nicht nur eine Verständigung über die Nachfolgeinstitution zu Reparationen und Erinnerungsarbeit. ‚Chega!‘ verdient mehr!“*, fordert José Caetano Guterres vom *East Timor Crisis Reflection Network*.³⁵ Doch bis zum heutigen Tag ist das Parlament dieser Debatte gezielt ausgewichen mit Verweis auf eine mögliche Gefahr für die politische Stabilität.³⁶ Der kritische Punkt hierbei ist die Forderung nach Wiederaufnahme der Strafverfolgung in den Empfehlungen von CAVR.

„Die politische Führung weiß sehr wohl, dass die Empfehlungen von Chega! wichtig sind. Aber es ist auch ein sehr sensibles Thema und berührt die Beziehungen zu Indonesien“, erläutert Rev. Agostinho de Vasconcelos, Direktor des Post-CAVR Sekretariats. *„Insbesondere Xanana bevorzugt kein Reparationsprogramm für die Opfer von 1974 – 1999, sondern ein breites Programm, welches der ganzen Gesellschaft zugute kommt. Gleichzeitig gibt es aber Hilfsprogramme und Pensionen für die Veteranen und Entschädigungszahlungen für die Petitionäre, die abtrünnigen Soldaten, sowie die Opfer der politischen Krise von 2006.“³⁷* Von den Opfern von Menschenrechtsver-

letzungen, begangen zwischen 1974 und 1999, fordert Xanana Gusmão, so Rev. Agostinho de Vasconcelos, sich nicht mehr als Opfer zu begreifen, denn dies sei eine Belastung, die sie am Weitergehen hindere. Doch ohne ausreichende Hilfestellung wird das vielen schwerlich möglich sein. *„Menschen sind während der Herrschaft durch Indonesien gefoltert worden, waren viele Jahre im Gefängnis. Für sie gab es bislang keinen heilenden Prozess. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Regierung, diesen Opfern zu helfen“*, fordert Naldo Rei, früheres, aktives Mitglied im zivilen Widerstand gegen die indonesische Besatzung. *„Die Menschen haben ihr Leben für den Kampf gegeben, für die Unabhängigkeit unseres Landes. Und jetzt fühlen sie sich nutzlos und außen vor. Es fehlt ihnen an Fähigkeiten, um sich beruflich einzugliedern und Fuß fassen zu können. Viele brauchen psychologische und finanzielle Unterstützung.“*³⁸

In einem breiten, kollektiv angelegten Programm können Menschen und Familien, die Opfer geworden sind, nicht die notwendige Anerkennung finden. Ihre Geschichte wird damit unsichtbar, ausradiert. Das staatliche Unterstützungsprogramm für bestimmte, betroffene Gruppen in der Gesellschaft kann kein Ersatz sein für Reparationen für die Opfer. *„Nur wenige der Opfer fordern direkt Pensionszahlungen“*, so Manuela Pereira Leong vom *International Center of Transitional Justice (ICTJ)* in Dili. *„Sie fordern soziale und wirtschaftliche Unterstützung, bessere Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder, Gerechtigkeit und Anerkennung.“* Viele der Opfer seien gefangen in einem Kreislauf von Armut, schlechter Gesundheit, mangelnder Bildung und dem Verlust von produktiven Familienmitgliedern. ICTJ arbeitet direkt mit Opfern und hat im Juni 2010 in Dili den Bericht *„Unfulfilled Expectations: Victims' perceptions of justice and reparations in Timor-Leste“* vorgestellt. Folgende Ansichten verbinden und teilen die Opfer von Los Palos im Osten des Landes bis nach Oecussi, dem westlichsten Distrikt:³⁹

- Die soziale und wirtschaftliche Schutzbedürftigkeit vieler Opfer geht direkt auf die erlittenen Menschenrechtsverletzungen zurück. Die Mehrheit der Opfer hat keinen Zugang zu Unterstützungsprogrammen der Regierung.
- An vorrangigen Bedürfnissen identifizierten die im Konsultationsprozess beteiligten Opfer Unterstützung für die Bildung ihrer Kinder, bei der Reparatur ihrer Häuser und der Gesundheitsversorgung.
- Eine hohe Anzahl der Teilnehmer führte an, dass sie sich als Opfer des Konfliktes von 1975 bis 1999 heute vergessen und marginalisiert fühlen. Die lange Zeit des Schweigens seitens der Regierung und die politische Stagnation bei den Belangen der Opfer, einschließlich der fehlenden Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission haben bei den Opfern zu Frustration und einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit geführt.

- Viele glauben, dass das Leiden und die Stärke der Opfer des Konfliktes dazu beigetragen haben, die Unabhängigkeit zu erlangen.
- Die Teilnehmer stimmen überein, dass es Gerechtigkeit für die begangenen Verbrechen geben soll. Allerdings haben sie unterschiedliche Vorstellungen davon, was ‚Gerechtigkeit‘ ausmacht. Als Opfer wünschen sie informiert zu werden und möchten an der nationalen Debatte zu Gerechtigkeit für die Menschenrechtsverbrechen teilhaben.
- Frauen, die Opfer geworden sind, bleiben unsichtbar und außerstande Zugang zu den Diensten zu erhalten, die ihnen dabei behilflich sind ihre Lebenssituation zu verbessern. Die Gemeinden missverstehen noch immer die Ursachen und Konsequenzen von sexualisierten Verbrechen und reagieren mit Diskriminierung.

ICTJ hat gemeinsam mit dem Post-CAVR Sekretariat eine NGO-Arbeitsgruppe⁴⁰ ins Leben gerufen, die mit Lobbyarbeit gegenüber dem Parlament und der Regierung für die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommissionen eintritt. Das Konzept für eine Nachfolgeinstitution der Wahrheitskommissionen und ihrer Aufgabenfelder geht auf ein Papier zurück, welches die NGO-Arbeitsgruppe dem Parlament im Oktober 2009 vorgelegt hatte. Dieses Konzeptpapier wurde als Grundlage für die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes angenommen. *„NGOs haben unermüdlich Lobbyarbeit für die Umsetzung der Empfehlungen und einer Debatte der Berichte im Parlament geleistet“*, so José Caetano Guterres vom *East Timor Crisis Reflection Network (ETCRN)*. *„Wir haben kontinuierlich Druck gemacht.“* Unterstützung erhielten sie durch den ‚Nationalen Dialog für Konsens über Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung‘, der moderiert wurde von Bischof Gunnar Stalsett, der frühere Vizevorsitzenden des Friedensnobelpreiskomitees und Norwegens Spezialbeauftragter für Osttimor. In nicht-öffentlichen Dialogveranstaltungen kamen 2009 und 2010 Abgeordnete, Regierungs- und Parteienvertreter mit Fachkräften der Wahrheitskommission und dem NGO-Bündnis sowie internationale Experten zusammen, um diese gewichtigen Themen zu diskutieren. Die Vorlagen für Reparationen und für die Einrichtung eines Instituts des Erinnerns wurden dort vorgestellt.

Eine Zusammenkunft von Opferorganisationen zu Anfang September 2009 mündete in der Gründung eines nationalen Dachverbandes, der ihren Anliegen mehr Gewicht verleihen soll. *„Mit dem neuen, landesweiten Zusammenschluss gewinnen die Opfer an Stimme und sprechen mehr für sich selbst. Aufgabe der NGOs ist es, im Hintergrund zu agieren und die Opfer zu unterstützen“*, erläutert Manuela Pereira Leong vom ICTJ. *„Transitional Justice ist in Osttimor ein neues Arbeitsfeld. Wir von ICTJ bieten Trainings dazu an, um dieses Themenfeld bei den NGOs besser zu verankern.“*

*Denn die Forderungen der Zivilgesellschaft in diesem Feld sind stark. Doch bleiben die NGOs in diesem Feld schwach, erfahren die Opfer nicht den nötigen Rückhalt.*⁴²

José Nunes, Leiter der Nationalen Vereinigung der Opfer fordert: *„Für die, die als Zivilbevölkerung Opfer geworden sind und Menschen verloren haben, gibt es noch keine Klärung und Anerkennung durch Regierung und Parlament. Wenn wir über Entwicklung reden, müssen wir zuerst über Gerechtigkeit reden. Wie sonst kann es hier Frieden geben. Wir müssen uns der Vergangenheit stellen, damit wir die Unabhängigkeit leben können. Zivile Opfer brauchen Anerkennung, die durch die Regierung kommen muss. Wir dürfen unsere Brüder und Schwestern nicht fallen lassen.“*⁴³ Hat das Parlament die Stimmen vernommen?

2.2 Rolle des Parlaments: Debatten, Schweigen und keine Entscheidung

Im späten Frühjahr 2010 legte die Kommission A im Parlament zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt, die sich durchaus sehen lassen können. Zum einen soll als Nachfolgeorganisation von CAVR und CTF ein Institut des Erinnerns (*Instituto da Memória*) eingerichtet werden mit der Aufgabe, die nötigen Bedingungen zur Umsetzung der Empfehlungen beider Berichte zu schaffen. Das staatliche Institut soll unabhängig operieren – unter der Ägide des Ministeriums für Soziale Solidarität. Es soll zu einem gerechten Lastenausgleich für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, der Achtung der Menschenrechte und einer Kultur der Verantwortlichkeit beitragen. Erforderlich ist es, diejenigen in Ehre und Erinnerung zu halten, die im Kontext des Konflikts zwischen 1974 und 1999 ihr Leben ließen, und ihre Familien sollen unterstützt werden. Es ist vorgesehen, dass zu den vielen Fällen von Verschwundenen eine Datenbank angelegt wird und Untersuchungen über den Verbleib der Person angestrengt werden. Diese Aufgabe soll in dem zu gründenden Institut die Abteilung für Verschwundene übernehmen. Die Abteilung Forschung und Dokumentation soll zur Verbreitung der Berichte von CAVR und CTF im Land beitragen, Bildungsmaterial erstellen und die Regierung beim Schulcurriculum zu diesem Thema beraten. Materielle und symbolische Unterstützung sind allen zugedacht, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Kontext des Konfliktes geworden waren. Reparationen sollen zu Versöhnung und öffentlicher Anerkennung beitragen sowie den Opfern praktische Unterstützung geben, da, wo es ihnen am meisten notwendig ist. Den Rahmen aller vorgesehenen Maßnahmen bildet der Gesetzesentwurf zum nationalen Reparationsprogramm.⁴⁴

Am 21. September 2010 war es dann endlich soweit: Das Parlament debatierte die Gesetzesentwürfe. Am Tag darauf stimmen die Parlamentarier den

Entwürfen generell zu. Eine weitere Diskussion und Abstimmung wurde zunächst vertagt, um ihnen Zeit zu geben, sich mit den beiden Gesetzesvorlagen näher zu beschäftigen. Am 28. September veranlassten 11 Parlamentarier, u.a. von der Veteranenpartei UNDERTIM, eine Verschiebung: Den Belangen der Veteranen sollte Vorrang gegeben werden. Erst wenn 75% aller berechtigten Veteranen im Programm für Pensionen aufgenommen sind, soll das Parlament sich mit den Gesetzesentwürfen befassen.

Im Februar 2011 stimmte das Parlament erneut dagegen, Beratungen zur Verabschiedung der Gesetze aufzunehmen. Auch im April 2012 konnte das Gesetz mangels Beschlussfähigkeit des Parlamentes nicht verabschiedet werden. Was hoffnungsvoll zu Ende 2009 begann, zog sich nun wieder hin. Die Debatte ist nun auf unbestimmte Zeit verschoben. Mehr noch, da das Parlament 2012 neu gewählt wurde, muss die Arbeit wieder ganz am Anfang des Prozesses anfangen.

Mit Enttäuschung und Wut haben Opferorganisationen auf die Verweigerung ihrer Rechte reagiert, heißt es in der Presseerklärung vom Februar 2001 des International Center for Transitional Justice in Dili. *„Es ist enttäuschend“*, so Manuela Pereira von ICTJ, *„dass es unserer politischen Führung, darunter Mitglieder des osttimoresischen Widerstandes gegen die indonesische Besatzung, so widerstrebt, die Opfer und Leiden der Bevölkerung während des Konfliktes anzuerkennen.“* *„Unsere Politiker sind selbstsüchtig, sie denken nur an ihre eigenen Interessen und vergessen darüber die Lebensbedingungen der Bevölkerung“*, klagt José Luis Oliveira von der Menschenrechtsorganisation HAK.⁴⁵ Die Entscheidung zeige, dass die Parlamentarier sich ihrer Verantwortung für die Opfer des Krieges nicht stellen wollen. Das *Judicial System Monitoring Programme* (JSMP) hat das Parlament aufgefordert, die Debatte nicht weiter zu verschieben, die längst überfälligen Gesetze anzunehmen und damit zu Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Wahrheit für die Opfer von Menschenrechtsverbrechen beizutragen. Die Opfer sollten nicht unterschiedlich behandelt werden, eine Gruppe nicht der anderen vorgezogen werden.⁴⁶

Was verfolgt das Parlament mit dieser Hinhaltenaktik zu einem Thema, das einen Großteil der Bevölkerung betrifft? Folgt es dem Aufruf von Präsident und Premierminister, nach vorne zu blicken und einen Schlusstrich unter die Vergangenheit zu ziehen? Die Konsequenz, die Entscheidung im Parlament wieder und wieder zu vertagen, ist ein wachsender Unmut über die Ungleichbehandlung und die fehlende Würdigung derjenigen, die während der indonesischen Besatzung Opfer geworden sind.

Es sei keine Frage des nicht Wollens, begründet der Parlamentarier Paul Martins vom CNRT, *„aber die Probleme der Veteranen müssen zuerst gelöst werden.“*⁴⁷ Dies entspringt nicht unbedingt einem *„Gebot der Fairness gegenüber den Befreibern der Nation“*, wie Eva Ottendorfer aufzeigt. So erklärt der stellvertretende Präsident

des Parlaments der letzten Legislaturperiode, Vincente Guterres, im Interview mit ihr: *„Wir müssen mit dieser Angelegenheit sehr vorsichtig umgehen. Die Ansprüche der Veteranen sind fundamental wichtig für unser Land, denn wir befinden uns noch immer im Prozess des Aufbaus. Den Forderungen der Opfer jetzt nachzugeben, könnte große soziale Unruhe stiften!“*⁴⁸ Keineswegs dürften die Opfer daher mehr bekommen als die Veteranen, so eine weitere Befürchtung. Dabei sieht die Gesetzesvorlage finanzielle Unterstützung nur für schutzbedürftige Opfer vor. Veranschlagt sind für das Institut des Erinnerns 1,5 Millionen US-Dollar, im Staatshaushalt von 2013 sind für Pensionszahlungen an die Veteranen 84,8 Mio. US Dollar eingestellt. Auf besonderen Widerstand trifft die Vorstellung, dass einstige Befürworter der Integration in die Republik Indonesien, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden, zum jetzigen Zeitpunkt Entschädigung erhalten könnten. Zwar umfasst die Definition von Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der Gesetzesvorlage alle Betroffenen, doch mit der Einschränkung, dass Personen, die länger als ein Jahr außerhalb von Osttimor gelebt haben, von einem finanziellen Lastenausgleich als schutzbedürftige Opfer ausgenommen sind. Damit dürften nur wenige Autonomieanhänger Anspruch anmelden können. Paradoxe Weise nährte auch das Engagement der Menschenrechtssektion der UN-Mission UNMIT für die Folgeinstitution und das Gesetz für Reparationen die Ablehnung bei den Abgeordneten. Der echten und gefühlten Einmischung und Bevormundung von außerhalb überdrüssig, fürchteten sie, dass sich die UN damit eine Hintertür für weitere Strafverfolgung offen halten möchte.⁴⁹

Schon beim Nationalen Dialog für Konsens über Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung sei deutlich geworden, dass es bei den Parlamentariern sehr viele Bedenken zu Reparationszahlungen gibt, erläutert Rev. Augustino de Vasconcelos, Leiter des Post-CAVR Büros. Die Parlamentarier fürchten nicht absehbare Folgen und die Klärung der Frage, wer als Opfer gilt.⁵⁰ Generell habe es Übereinstimmung geben, dass es eine Organisation, wie das Institut des Erinnerns geben sollte, das die Arbeit der Wahrheitskommission fortführt. Das neue, im Jahr 2012 gewählte Parlament hat sich bislang noch nicht dazu geäußert, wie mit den Gesetzesvorlagen weiter verfahren werden soll und wann es sich dazu beraten möchte. Erschwerend kommt hinzu, dass die zivilgesellschaftlichen Kräfte mit Fernanda Borges, deren Partei PUN den Einzug ins neue Parlament 2012 nicht mehr geschafft hat, ihre mithin einzig starke Befürworterin der Opferanliegen im Parlament verloren haben. Möglicherweise wird das Parlament zwar für ein Institut des Erinnerns votieren, zu fürchten steht aber, dass das Gesetz für Reparationen nicht verabschiedet wird. Damit der Staat seine Verantwortung übernimmt, dazu brauche es eine starke Zivilgesellschaft, so die einhellige Meinung von NGO-Vertreterinnen und -Vertretern in Osttimor. Hierzu würden

sie sich ein engagiertes Eintreten der katholischen Kirche für die Empfehlungen der Wahrheitskommission wünschen, das deutlich über Lippenbekenntnisse zu Gerechtigkeit und Versöhnung hinausginge. Die Kirche sollte ihre Haltung nicht nach der Politik richten.

Die Wartepartie im Parlament lässt Fidelis Leite Magalhães, der den nationalen Konsensus Dialog mit geleitet hat, schlussfolgern, viel sei nicht erreicht worden. *„Wenn wir die Wahrheit ans Licht bringen und Aufklärung darüber wollen, wo unsere Toten vergraben sind, dann brauchen wir eine Regierung, die willens ist, Indonesien öffentlich um die nötigen Informationen zu ersuchen.“* Auch im Umgang mit den Empfehlungen der bilateralen Kommission CTF sind Anstrengungen zur Umsetzung kaum erkennbar. Nach Informationen aus NGO-Kreisen hat die osttimoresische Regierung in der gemeinsamen Ministerkommission mit Indonesien einen Vorschlag zum Umgang mit den Verschwundenen vorgelegt. Doch Indonesien reagiere darauf zurückhaltend und zeige sich unwillig, sich damit zu befassen. Dabei könnte Osttimors Anliegen durchaus auch ein Beitrag zur besseren Achtung der Menschenrechte in Indonesien sein. Seit dem erzwungenen Rücktritt von General Suharto 1998 fordern Familien dort Aufklärung über das Schicksal ihrer gewaltsam verschwundenen Angehörigen. Angesichts Osttimors *„Vergeben und Vergessen“-Politik* jedoch dürfte die indonesische Seite Schwierigkeiten damit haben, den Ruf nach Aufklärung überhaupt zu hören. *„Osttimors Regierung verhält sich gegenüber Indonesien, als sei sie deren PR Firma“*, empört sich Fidelis Leite Magalhães. Sie habe bei der Normalisierung der Beziehungen mit Indonesien nicht die Courage gehabt, Informationen über den Verbleib von Gefallenen und Verschwundenen als eine Bedingung mit aufzunehmen. Die Normalisierung wurde ohne jegliche Vorbedingungen vollzogen, Osttimor habe viel zu schnell eingelenkt. *„Nun ist es offensichtlich, dass die Regierung ihren moralischen Anspruch verloren hat.“*⁵¹

2.3 Die Helden

[...] Begrüßen möchte ich die Angehörigen, Witwen und Waisen unserer geliebten Brüder und Kameraden, die während des Unabhängigkeitskampfes gefallen sind, unsere Helden. Wir alle teilten einen Traum: die Unabhängigkeit für unser Land zu erlangen. Damit wir heute die Unabhängigkeit leben können, nach der wir alle verlangten, gaben sie ihr Blut und opferten ihr Leben. Wir werden eure Ehemänner, Brüder und Väter niemals vergessen.

Gleichfalls möchte ich mit besonderer Zuneigung alle Kriegsversehrten und ihre Familien begrüßen. Ihr seid ein Beispiel für uns alle. Ihr habt alles gegeben, um unserem Volk zu dienen und dazu beizutragen, dass wir unseren gemeinsamen Traum erreichten. Und doch fordert ihr nichts von uns.

Wenden möchte ich mich auch an die Angehörigen unserer Kombattanten und Veteranen, die heute die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes genießen. Ich bin stolz auf euch Mütter, Väter, Ehemänner und Ehefrauen und Kinder meiner Waffenkameraden. Sie kämpften für euch und unser Volk; ihr habt ihnen die Stärke und Inspiration gegeben jedes Opfer zu ertragen. [...]

Der Kampf lehrte uns eine wertvolle Lektion: er lehrte uns Bürger zu sein, lehrte uns, dass keiner entbehrlich ist und Staatsbürger zu werden, obwohl wir noch immer für unseren Staat und die Befreiung unseres Landes kämpfen. [...]

Generalmajor a.D. Taur Matan Ruak, ehemaliger Armeechef, Abschiedsrede, 06.10.2011

In den Anfangsjahren der Unabhängigkeit waren die gesellschaftlichen Diskussionen um die Vergangenheitsbewältigung bestimmt von Fragen zu Gerechtigkeit für die Opfer und zu Strafverfolgung oder Strafflosigkeit für die Täter. Mit der politischen Krise 2006 traten andere Gruppen und Diskurse zunehmend in den Vordergrund. Es handelt sich hierbei um Forderungen nach politischer Anerkennung und sozialem Lastenausgleich, die von drei Gruppierungen erhoben werden: den Veteranen des 24-jährigen ostimoresischen Unabhängigkeitskampfes, den *Clandestinos*, den Mitgliedern des zivilen Widerstandes und, in einem geringeren Maße, den ehemaligen Mitgliedern der pro-indonesischen Milizen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben sich die jeweiligen Gruppen in diversen Interessenverbänden organisiert. Obwohl alle drei Gruppen sehr verschieden sind, sei es hinsichtlich ihrer Altersstruktur, ihrer geschichtlichen Rolle oder Biographien ihrer Mitglieder, gleichen sich ihre Verbände jedoch in vielen Aspekten. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Männerbünde, in denen sich die Mitglieder auf eine in die Konfliktjahre zurückreichende Kämpferidentität besinnen. Sie sehen sich – in unterschiedlicher Abstufung – als nicht oder noch nicht-erkannte Helden, als Opfer der Umstände und nicht als Täter. Sie

richten ihre Forderungen an die jeweilige Gesellschaft und den jeweiligen Staat – Osttimor im Falle der Veteranen und *Clandestinos*, Osttimor und Indonesien im Falle der ehemaligen Milizen. Sie sehen sich selbst heute größtenteils als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, werden aber wegen ihrer aggressiven Methoden von der Gesellschaft oft als ein destabilisierender Faktor gesehen, ein Stigma, gegen das sie sich jedoch lautstark wehren.⁵²

2.3.1 Veteranen

Bis heute ist die Frage, wer als Veteran anerkannt werden kann und demzufolge eine finanzielle Unterstützung vom Staat erwarten darf, noch immer nicht gänzlich geklärt. 1999 sammelten sich bis zu 1.900 Kämpfer und Kämpferinnen der Falintil in Lagern, um sich demobilisieren zu lassen. Die Falintil löste sich auf, 650 ehemalige Kämpfer fanden Aufnahme in Osttimors Armee und die Übrigen bekamen ein Reintegrationspaket im Rahmen des Falintil Reinsertion Assistance Programme (FRAP).⁵³ Da nicht alle Mitglieder der Falintil bei der Erhebung erfasst worden sind, fühlte sich eine nicht unbedeutende Minderheit ausgeschlossen und übergangen. Zwölf Jahre später, im August 2011, wurde die Falintil ein neuerliches Mal offiziell demobilisiert.⁵⁴ Die Anzahl der Menschen, die sich als Veteranen inzwischen haben registrieren lassen, liegt mit 200 000 über einhundert Mal höher als die letzte Truppenstärke der Guerilla – und umfasst nun grob ein Fünftel der Bevölkerung. Veteranenorganisationen sind inzwischen zur stärksten Lobbygruppe des Landes geworden. Was hat sich in dem Jahrzehnt seit dem Ende des bewaffneten Kampfes getan?

Die Definition des Begriffes „Veteran“ ist trotz der Arbeit mehrerer Kommissionen weiterhin umstritten und politisiert.⁵⁵ Der Prozess der Anerkennung gestaltete sich langwierig und führte vielerorts zu Frustration. *„Erst spät hat die Regierung angefangen, uns Veteranen zu helfen“*, so die ehemalige Falintil-Kämpferin Ina Varella Bradridge. *„Nach der Demobilisierung gab es eine zeremonielle Verabschiedung, einen Klaps auf die Schulter und das war's. Die Reintegration verlief ziemlich planlos vor sich hin. Viele von uns haben noch mit gesundheitlichen Folgen des Krieges zu kämpfen. Hinzu kommen noch die schweren psychischen Probleme. Viele von uns haben Probleme mit dem Familienleben. Es fällt uns schwer Ehemänner und Ehefrauen zu sein, wir tragen unsere psychischen Lasten aus dem Krieg in unsere Familien hinein. Wir scheitern in unseren Ehen, wir vernachlässigen unsere Kinder und unsere Liebsten. (...) Ja, es gibt viele von uns, die ziemlich kaputt sind. Einige haben ja dann auch 2006 wieder zu den Waffen gegriffen, haben Häuser abgepackelt, Frauen und Kinder angegriffen ...“*. Seit 2006 erhalten staatlich anerkannte Veteranen eine Pension, die an ihre Position und ihre im Widerstandskampf verbrachte Zeit gekoppelt ist.

Die inflationär gestiegene Anzahl der Menschen, die sich als Veteranen haben registrieren lassen, zeigt, dass eine wesentlich größere Bevölkerungsgruppe sich als ehemalige Kombattanten betrachten als von der Regierung bisher anerkannt sind. Neben den potenziellen finanziellen Vorteilen sind aber vor allem der Respekt und die Anerkennung, die der Veteranen-Status gesellschaftlich mit sich bringt, von enormer Bedeutung. Innerhalb der Sicherheitskräfte und der politischen Eliten spielt die Vergangenheit weiterhin eine Rolle – Politiker wie Präsident Taur Matan Ruak, Premierminister Xanana Gusmão oder der Fretilin Vorsitzende Francisco „Lu Olo“ Guterres weisen oft öffentlich auf ihre Vergangenheit als Guerillakämpfer hin. Die angebliche Bevorzugung ehemaliger Falintil-Kämpfer bei den Streitkräften war 2006 ein Mitauslöser der politischen Krise, die das Land an den Rand des Zusammenbruchs führte.

Die Komplexität der Veteranenfrage hat teilweise ihren Ursprung in der Geschichte des Unabhängigkeitskampfes. Trotz einer öffentlichen Anhörung der nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission CAVR im Jahre 2003, bei der sich die Parteien UDT und Fretilin öffentlich entschuldigten, wirken die Gräben des kurzen innertimoresischen Bürgerkriegs 1975 weiterhin nach. Wie in anderen Guerillaorganisationen gab es auch in der Falintil während der 24 Jahre des bewaffneten Kampfes Flügelnkämpfe und interne „Säuberungen“, deren Erinnerung noch nicht vernarrt ist.⁵⁶ Die Geschichte dieser verschiedenen politischen Kämpfe ist gesellschaftlich noch nicht aufgearbeitet worden, wirkt sich aber weiterhin auf die politische Landschaft aus. Teilweise geht die Genealogie der Konfliktlinien noch weiter, sei es bis zum „Viqueque-Aufstand“ von 1959, zur japanischen Okkupation 1942-45 oder zu lokalen Konflikten (siehe auch unten bei „Milizen“).⁵⁷

Die Veteranen können grob in vier Kategorien aufgeteilt werden, die sich jedoch teilweise überlappen. Zum einen wird das Land regiert von ehemaligen Mitgliedern des militärischen, zivilen und diplomatischen Widerstandes. Mit Premierminister Xanana Gusmão und Präsident Taur Matan Ruak stehen zwei Vertreter der Falintil an der Spitze des Landes. Auch in Parteien und im Parlament sind Veteranen präsent, auch wenn die stark auf Veteranenrechte ausgelegte UNDERTIM Partei 2012 nicht wieder ins Parlament einziehen konnte. Zum andern sind ehemaligen Kämpfer und Kämpferinnen in die neuen Sicherheitskräfte aufgenommen wurden, sei es in die nationalen Streitkräfte F-FDTL (*Falintil-Forças de Defesa de Timor-Leste*) oder die neue Polizei (PNTL – *Policia Nacional de Timor-Leste*). Eine dritte Gruppe, in der auch Angehörige der ersten beiden Gruppen vertreten sind, bilden diejenigen, die sich in politisch motivierten Verbänden organisiert haben. In der vierten Gruppe sind die Veteranen, die in der öffentlichen Wahrnehmung keine hervorgehobene Rolle spielen.

Für die Frage der Anerkennung und der Vergangenheitsarbeit sind vor allem die letzten beiden Gruppen von Interesse, sprich die politisch aktiven Veteranen und die „Vergessenen.“ Die zwei größten Veteranengruppen sind momentan die CPD-RDTL (*Comité Popular pela Defesa – República Democrática do Timor-Leste*, Volkskomitee der Verteidigung der Demokratischen Republik Osttimor) und die *Sagrada Familia* (Heilige Familie). Die CPD-RDTL ist aus einer Fraktion der Falintil hervorgegangen, die die Unterordnung des bewaffneten Widerstandes unter den zivilen Widerstandsrat CNRT im Jahre 1998 nicht akzeptierte.⁵⁹ Die *Sagrada Familia* wiederum ist aus ehemaligen Falintil-Kämpfern hervorgegangen, die sich um ihren ehemaligen Kommandanten Cornelio „L-7“ Gama (auch als Eli Foho Rai Bo’ot bekannt) formiert haben. Beide Organisationen sehen sich nicht bloß als Interessenvertreter der Veteranen, sondern auch als politische und soziale Bewegungen. Sie standen der UN-Präsenz sehr kritisch gegenüber und fordern eine „echte“ Unabhängigkeit. Solange das Volk in Armut lebt, ist für sie der Widerstandskampf noch nicht beendet.⁶⁰

Mit dieser „*a luta continua*“-Einstellung wetterten sie 2011 öffentlich lautstark gegen die feierliche Entlassung von rund 200 Soldaten der F-FDTL. Solange die historische Aufgabe der Falintil noch nicht erfüllt sei, könne es keine Demobilisierung geben. Die Streitkräfte F-FDTL sehen sich explizit als Mantelträger der Tradition und Geschichte der Falintil und die Begriffe werden von der politischen Elite Osttimors häufig austauschbar benutzt. Beide Organisationen sind auch geschichtlich teilweise in Opposition erst zu der Fretilin und später zur AMP-Regierung, wobei die *Sagrada Familia* inzwischen auf Regierungskurs eingeschwenkt ist. In den Anfangsjahren der Unabhängigkeit hat die Regierung den Anliegen der Veteranen und ihren Schwierigkeiten bei der Rückkehr ins zivile Leben zu wenig beachtet. Das hat den Veteranenverbänden viel Zulauf gebracht und inzwischen ist ihr Einfluss erheblich gestiegen. Von der *Sagrada Familia* mit ihrem Anführer Gama ging 2005 die Gründung der Veteranenpartei UNDERTIM (*União Nacional Democrática de Resistência Timorense*) aus, die bei den Wahlen 2007 ins Parlament einzog und Mitglied von Xanana Gusmãos AMP Koalition wurde. 2012 verpasste die Partei den Einzug ins Parlament.

Das Einfordern von Anerkennung und finanziellen Kompensationen für ehemalige Kämpfer sind zwei der Hauptanliegen sowohl der CPD-RDTL als auch der *Sagrada Familia*. Im Parlament haben die Veteranen maßgeblich dazu beigetragen, dass die Zahlung von möglichen Reparationen an zivile Opfer mit der Frage der Auszahlung der Veteranenpensionen geknüpft wurde. Vertreter beider Organisationen betonen immer wieder, dass sie bisher vom Staat keine adäquaten Mittel bekommen hätten, was teilweise jedoch nicht mit den Fakten übereinstimmt. Ein zweites Argument gegen den Gesetzesentwurf war, dass eine

Situation eintreten könnte, in der Opfer, die gegen die Unabhängigkeit gekämpft haben, vor Widerstandskämpfern finanziell kompensiert werden könnten.

Auch fordern die Veteranenorganisationen eine gebührende öffentliche Anerkennung ihrer Opfer für die Unabhängigkeit der Nation, die bereits im Grundgesetz Osttimors ihren Ausdruck findet. Es werden wiederholt Forderungen nach symbolischen Zeichen laut, so zum Beispiel Medaillen, Zeremonien oder Denkmäler. Aus Frust über die gefühlte nicht-Beachtung der Veteranen hat die *Sagrada Familia*, angefangen im Gebiet Baucau die sterblichen Überreste von rund 400 gefallenen Falintil-Mitgliedern aus ihren Gräbern zu bergen, und diese in einem Lagerhaus zwischenzulagern, bis die Regierung bereit ist, für ihre Neubestattung zu bezahlen. Die CPD-RDTL besetzte Ende 2012 Ländereien um das Dorf Fatuberliu im Distrikt Manufahi, um einerseits den Forderungen nach mehr Unterstützung für die Veteranen Nachdruck zu verleihen und zweitens dem anti-kolonialen Aufstand von Dom Boaventura im Jahre 1912 zu gedenken.

Als potenziell problematisch sind auch die Forderungen von führenden Veteranen nach größerer politischer und gesellschaftlicher Anerkennung zu sehen, die so weit geht, dass sich die Veteranen über dem Gesetz stehend positionieren. So verlangte zum Beispiel der Anführer der *Sagrada Familia* die Absetzung des Polizeichefs von Dili und die Schließung einer Zeitung, da sie ihm angeblich nicht genügend Respekt als *Veteran* gezollt hätten. Bei dem Fall handelte es sich um die Aufdeckung möglicher krimineller Aktivitäten der *Sagrada Familia*, wie zum Beispiel Schmuggel und Schutzgelderpressung. Armeechef Maj.-Gen. Lere Anan Timur, welcher der *Sagrada Familia* nahe steht, forderte jüngst, dass entgegen der Verfassung nicht nur ehemalige Mitglieder der pro-indonesischen Milizen, sondern auch ihre Kinder vom Dienst in den Streitkräften ausgeschlossen würden.

Während die gesellschaftliche und politische Rolle der organisierten Veteranen gewachsen ist, werden die Bedürfnisse derer, die zwar am Unabhängigkeitskampf teilnahmen, aber nicht über eine starke Lobby verfügen, weitgehend vergessen. Hierbei handelt es sich vor allem um die weiblichen Unterstützer, von denen viele nicht mit der Waffe in der Hand kämpften aber logistische Dienste leisteten.⁶¹ Erst Druck seitens nationaler und internationaler Frauenverbände und der Geldgeber führten zu einer begrenzten Anerkennung von Frauen als Veteranen, wobei auch hier ehemalige Kämpferinnen bevorzugt wurden. Auch männliche Mitglieder des Widerstandes, die in den niedrigeren Rängen waren oder nicht direkt bewaffnet am Kampf teilnahmen, werden oft nicht als vollwertige Veteranen angesehen.

Immer wieder ist die alles entscheidende Frage: „*Wer hat was während des Widerstandskampfes getan?*“⁶²

Neben der materiellen Absicherung spielt die identitätsstiftende Rolle des Veteranen-Status eine immens wichtige Rolle. Der Status verleiht ein Gefühl des Dazugehörens zur glorreichen Falintil und deren Geschichte. Damit ist festgeschrieben, dass man Opfer für die Freiheit und Nation gebracht hat; auf der „richtigen Seite der Geschichte“ stand und letztendlich gesiegt hat.⁶³ Für diejenigen, die dabei waren und nicht anerkannt wurden, ist dies oft schmerzlich. Für diejenigen, die anerkannt worden sind, kann neben der Ehre und dem Respekt auch eine Einstellung von ‚Verdientheit‘ (Im englischem Original: *deservedness*) eintreten, wie es Kate Roll (2011) nennt: das Gefühl, dass man es durch seinen persönlichen Einsatz mehr als andere verdient habe, die Früchte der Freiheit zu genießen.

Trotz der immer wieder öffentlich verkündeten Parolen der Einheit des Volkes und des Widerstandes positionieren sich die verschiedenen Vertreter der Veteraneninteressen oft gegeneinander entlang alter Konfrontationslinien. Auch können die Einheitsdiskurse paradoxerweise ausgrenzend wirken: Wenn laut der offiziellen nationalen Erzählung alle Osttimoresen im Widerstand kämpften, kann sich leicht die Frage stellen, ob diejenigen, die nicht im Widerstand waren, auch vollwertige Mitglieder der Nation sind. Wie heikel die Frage der Beteiligung im Widerstand sein kann, zeigte sich ganz deutlich bei der Krise 2006. An Stelle der nationalen Einheit traten Wettbewerbsdenken, Konkurrenz und letztlich Ausgrenzung, da diese Prozesse oft als Nullsummenspiele empfunden werden. Immer wieder dominieren die Fragen, wer hat mehr gelitten, wer hat mehr gekämpft, wem steht mehr zu? Nachdem der Ostteil des Landes für sich beanspruchte, mehr Opfer für die Unabhängigkeit gebracht zu haben, führte dies zu kommunaler Gewalt und paralyisierte den jungen Staat.

2.3.2 Clandestinos und Clandestinas

Die ehemaligen *Clandestinos* und *Clandestinas* bilden keine homogene Gruppe und ähnlich wie bei den Veteranen unterscheiden sich die Biographien der einzelnen ehemaligen Widerständler in der Zeit nach der Unabhängigkeit. Einige von ihnen haben es durchaus geschafft, in der Nachkriegsordnung gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich erfolgreich zu sein, während andere marginalisiert werden – oder sich zumindest so fühlen.

Obwohl laut Susan Harris-Rimmer (2010) rund sechzig Prozent der Mitglieder der ‚klandestinen Front‘ Frauen waren, sind es fast ausschließlich die Männer, die in der öffentlichen Debatte vorkommen. Am lautstärksten sind die *Clandestinos* in verschiedenen, oft gewaltbereiten Gruppen wie zum Beispiel Gangs, Kampfsport (MAG – *martial arts groups*)- und Ritualgruppen (RAG – *ritual arts groups*), welche die Anerkennung für ihren Beitrag zum Widerstandskampf einfordern.⁶⁴ Die Gangs, MAGs und RAGs haben sich teilweise politisch mit verschiedenen Parteien liiert, wobei diese Bündnisse oft flüchtig sind.

Viele Gangs haben sich in den Nachkriegsjahren um einen Kern gebildet, der schon während des Konfliktes als Widerstandszellen agierte. Diese Gangs werden oft von charismatischen Führungspersonlichkeiten geführt, so zum Beispiel João Becora, Ameu Van Damme oder Lito Rambo. Seit der Krise 2006 haben sich einige dieser Anführer zunehmend der Politik gewidmet und/oder ihre Beziehungen in der legalen Wirtschaft eingesetzt, so zum Beispiel im Falle Lito Rambos, der zum Chef des Jugendflügels der Partido Democrático wurde und nebenher lukrative Geschäfte in der Bauindustrie sowie Beschaffungsaufträge der Regierung ergatterte. Andere, wie zum Beispiel João Becora, sind über Konfliktlösungsprogramme nationaler und internationaler NGOs in die Position von informellen ‚Community Leaders‘ aufgestiegen.

Andere ehemalige *Clandestinos* haben sich in den Kampfsport- und Ritualgruppen wiedergefunden. Es sind vor allem letztere, die sowohl geschichtlich als auch politisch die Verbindung zum Widerstandskampf hervorheben. Während die Kampfsportgruppen ihre „Ideologie“ aus importierten Kampfsportarten beziehen (so z.B. *Pencak Silat*, Kung Fu oder Karate) beziehen sich die Ritualgruppen auf osttimoresische Mystik und Traditionen, welche aber oft mit importierten Elementen vermischt werden. Einige dieser Gruppen, wie zum Beispiel 7-7, Korka oder Colimau 2000, waren bereits im Widerstand gegen Indonesien aktiv. Die politischen Forderungen ähneln oft denen der Veteranenorganisationen: „echte“ Unabhängigkeit sowie Anerkennung und Kompensation für ihren Beitrag zum Widerstandskampf. Vor allem in den Jahren 2006-2008 kämpften sie dafür auch auf der Straße und lieferten sich Auseinandersetzungen mit den ausländischen Soldaten und Polizisten der ISF und UNMIT.⁶⁵

Im Unterschied zu den Mitgliedern der Veteranenverbände sind die *Clandestinos* jüngerer Alters. Sie waren zwar integraler Teil des Widerstandskampfes und ihr Wirken war mitentscheidend, aber in die militärischen Strukturen der Falintil waren sie nicht eingebettet. Auch ist ungleich schwerer festzustellen, wie viele sich im zivilen Widerstand engagiert haben. Ihr Widerstand war in Zellen organisiert, die im Verborgenen arbeiteten und oftmals nicht voneinander wussten. Diese Faktoren sind mitbestimmend dafür, dass die *Clandestinos* meist nicht von den anderen ehemaligen Kämpfern oder dem Staat als solche anerkannt werden. Wie Oberstleutnant Sabica Besi Kulit, der 24 Jahre lang mit der Falintil Widerstand geleistet hat und heute in führender Position in der F-FDTL ist, erläutert: *„Die Veteranen sind die, die mit der Guerilla in den Bergen gekämpft haben. Das müssen auch die Jugendlichen verstehen, die jetzt um Anerkennung rufen: Sie sind eben keine Veteranen. Während des Unabhängigkeitskampfes gab es die Guerilla, die Clandestinos in den Städten und die diplomatische Front, und sie verdienen die Anerkennung für ihre Dienste für die Nation. Aber die Leute müssen auch ein gewisses Alter haben, müssen wirklich gedient haben. Das haben die Jugendlichen in diesen Gruppen halt nicht, das müssen sie einsehen.“*⁶⁶

Bei den sogenannten ‚Jugendlichen‘ handelt es sich um Menschen, die teilweise Mitte Dreißig und älter sind. Auch sind mit dem Begriff Jugend fast immer junge Männer gemeint. Die Hierarchie, die sich hier im Kontext von Anerkennung und Lastenausgleich für Verdienste im Widerstand aufzeigt, spiegelt sich auf der nationalen gesellschaftspolitischen Ebene. Mit dem Verweis auf Jugend hat sich die politische Elite von 1974-75 erfolgreich gegen die Nach-1975-Generation durchgesetzt. Sie beansprucht die Fähigkeit regieren zu können und spricht diese der jüngeren Generation ab. Bei vielen *Clandestinos* hat dies zu starker Frustration und einem Gefühl von Marginalisierung geführt: *„Die Jugend hat auch für die Unabhängigkeit gekämpft“*, moniert ein ehemaliger *Clandestino* aus Gleno im Distrikt Ermera, *„aber was haben wir dafür bekommen? Nichts! Die Eliten, die haben alles bekommen, Autos, Häuser, Jobs, alles! Und wir Clandestinos haben nichts bekommen. Aber wir haben auch für die Unabhängigkeit gekämpft, unser Leben aufs Spiel gesetzt!“*

Von Seiten der ehemaligen Falintil Mitgliedern gibt es durchaus auch Verständnis für die Situation der *Clandestinos*: *„Ich kann auch die Frustration der Jugendlichen, die damals auf die Straße gingen, verstehen“*, so Ina Varella Bradridge, ehemalige Kombattantin der Falintil. *„Viele von denen, die jetzt in den Gangs und Kampfsportgruppen sind, haben ihr Leben riskiert und ihre Ausbildung – ihre Zukunft! – dafür geopfert, um uns zu unterstützen. Jetzt stehen sie leer da.“*

Die Mitgliedschaft in den verschiedenen Gruppen erlaubt es den *Clandestinos* ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und sie ist, ähnlich wie bei den Vete-

ranengruppen, identitätsstiftend. Während die Veteranengruppen jedoch ihre Identität primär mit der Vergangenheit des Unabhängigkeitskampfes verbinden, vermischen sich bei den Gangs, MAGs und RAGs lokale traditionelle Einflüsse mit globalen, modernen Versatzstücken. Auch erlaubt es ihr Einsatz im Straßenkampf gegen andere Gruppen, gegen die Polizei und gegen die internationalen Friedenstruppen, sich zumindest in ihrer Selbsteinschätzung in die Traditionen osttimoresischer Krieger und Widerstandskämpfer einzureihen.

Obwohl viele der Mitglieder dieser Gruppen durchaus sozioökonomisch der urbanen Unterschicht zuzurechnen sind, muss ihre Marginalisierung jedoch mit Blick auf die Gesamtlage in Osttimor relativiert werden. Durch das Sicherheitsrisiko, was von ihnen ausgeht, haben die jungen Männer viel Aufmerksamkeit, Einfluss und finanzielle Unterstützung seitens der Gesellschaft, der Regierung und ausländischer Geldgeber bekommen. Mehr als die weiblichen Mitglieder des zivilen Widerstandes, mehr als die zivilen Opfer des Konfliktes 1974-1999 und auch mehr als zum Beispiel die ländliche Bevölkerung oder Frauen der urbanen Unterschicht.

2.3.3 Milizen

Ein beträchtlicher Teil der pro-indonesischen Milizen, die 1998-99 von den indonesischen Besatzungskräften aufgebaut wurden und mit ihnen das Land 1999 verwüsteten, verweilt weiterhin über der Grenze im indonesischen Westtimor. Sie sind zum Großteil eingebürgert, fühlen sich aber, wie aus unseren Interviews hervorgeht, als Bürger zweiter Klasse in ihrer neuen Heimat.⁶⁷ Von ihren westtimoresischen Nachbarn werden sie oft eher geduldet als willkommen geheißen, und es kommt öfters zu Konflikten um Landbesitz und -nutzung.

Viele ehemaligen Milizen, vor allem solche, die in den niedrigeren Rängen waren, leben in prekären Verhältnissen in Westtimor. Hingegen haben ihre ehemaligen Anführer politische und gesellschaftliche Machtpositionen sowie einen wirtschaftlichen Wohlstand errungen.

Ein Teil der ehemaligen pro-Integrationisten hat es auch geschafft, sich in Osttimor politisch und wirtschaftlich zu positionieren. Gemeinhin sehen sich oft eher als Opfer und Helden denn als Täter. Eine der Organisationen der ehemaligen Milizen nennt sich auch bezeichnenderweise „Verband der Opfer der politischen Entscheidungen von 1999,“ eine andere UNTAS, *Uni Timor Asuwain* spricht Union Timoresischer Helden. Sie fühlen sich – ähnlich wie ihre ehemaligen Gegner bei den Veteranenorganisationen oder *Clandestinos* – um die Anerkennung und Kompensation für ihre patriotischen Verdienste gebracht.⁶⁸ Ihre Forderungen sind sowohl an Indonesien als auch Osttimor gerichtet.

Die politischen Vertreter der ehemaligen Milizen fordern ein Ende der Strafverfolgung für Verbrechen, die 1998-99 begangen wurden, und ein Recht auf Rückkehr nach Osttimor. Obwohl die Wahrscheinlichkeit einer Strafverfolgung, geschweige denn einer Verurteilung bei der momentanen politischen Lage in Osttimor eher gering ist, sitzt die Angst davor trotzdem tief. Auch gibt es die Befürchtung, dass sich Opfer und deren Angehörige sich an den ehemaligen Milizen rächen könnten, weshalb einige von ihnen auch Sicherheitsgarantien einfordern. Die osttimoresischen Regierungen und auch die UN haben sich seit 1999 aktiv um die Rückkehr der nach Westtimor Geflüchteten gekümmert, aber nicht um den Preis einer Generalamnestie für schwere Verbrechen.

Während einige der Interviewten eher pragmatische Gründe oder politische Überzeugung als Grund für ihre Mitgliedschaft in den pro-Integrationsgruppen nannten, gibt es wie auch bei den Veteranengruppen oft eine geschichtliche Motivation, die über die Okkupationsjahre hinaus reicht. Es handelt sich hier um Zyklen der Gewalt und der Rache, wo zum Beispiel die Gewaltakte aus dem Zweiten Weltkrieg im Bürgerkrieg gerächt wurden, welche wiederum während der indonesischen Okkupation gerächt wurden – und man sich dann aus Angst vor einer Rache seitens der Unabhängigkeitsbewegung der Miliz anschloss.⁶⁹

Der Fall Maternus Bere hat die Befürchtungen der ehemaligen Milizen sowohl bestätigt als auch widerlegt. Bere, der als Mitverantwortlicher des Massakers in der Kirche von Suai 1999 gilt, wurde bei einem privaten Besuch von einem ehemaligen Opfer erkannt und danach von der Polizei festgenommen. Massiver Druck von Indonesien einerseits und die „Vergessen und Vergeben“-Politik der osttimoresischen Regierung andererseits führten jedoch dazu, dass Bere gesetzeswidrig aus der Haft entlassen und der indonesischen Botschaft übergeben wurde. So konnte er unbehelligt nach Westtimor zurückkehren. Der nationale und internationale Aufschrei wurde von der Regierung ausgesessen. Die Botschaft an ehemalige Mitglieder der Milizen, die schwere Verbrechen begangen haben, war gemischt: Das Damokles-Schwert der strafrechtlichen Verfolgung schwebt weiterhin über ihnen, aber eine konsequente Umsetzung dessen brauchen sie zumindest vorerst nicht zu befürchten.

Wie politisch heikel die Frage der Rückkehr von ehemaligen Milizen ist, die „Blut an den Händen“ haben, zeigte sich in der kurzen aber heftigen UNTAS-Debatte Ende 2010.⁷⁰ Es handelte sich hierbei um ein auf falschen Informationen basierendes Gerücht, wonach UNTAS-Mitglieder Osttimor infiltriert hätten und das Land zu destabilisieren suchten. Das Gerücht führte zu Anschuldigungen, Unterstellungen und Demonstrationen, welche die allgemeine Angst und Nervosität in der Bevölkerung vor einer Wiederkehr der Gewalt weiter anheizten. Während diese Gerüchte nicht belegt werden konnten, zeigte die Debatte jedoch,

wie sensibel das Thema der Rückkehr ehemals militanter pro-Integrationisten weiterhin ist.

Ähnlich wie bei den Veteranenorganisationen und zum Teil bei den Clandestinos kultivieren die Verbände der ehemaligen Milizen eine Identität, die sich auf ihre historische Rolle in den Konfliktjahren bezieht. Bei den Milizenverbänden gibt es hier oft durchaus ein hohes Maß an geschichtlichem Revisionismus, wodurch sie sich als Opfer und patriotische Helden, statt als Täter stilisieren können. Ähnlich wie die beiden anderen Gruppierungen sehen sich die Milizenverbände auch als Kämpfer für soziale Rechte, in diesem Falle für die osttimoresischen ‚Neubürger‘ (sogenannte *warga baru*), die sich nach 1999 in Westtimor niedergelassen haben. Wie die Veteranenverbände und Clandestinos fordern auch sie Anerkennung und Kompensation vom Staat und von der Gesellschaft.

In den Interviews, die wir mit ehemaligen Milizionären in West-Timor geführt haben, war wenig, wenn überhaupt von Reue zu hören.⁷¹ Die Schuld wurde in den Interviews konsequent externalisiert. Schuld war der Kriegszustand. „Es war töten oder getötet werden“, dass die Milizen unbewaffnete Bürger und Bürgerinnen angriffen und massakriert, blendeten sie aus. Schuld waren die Emotionen, die einen überkamen, das indonesische Militär, das Druck machte oder generell die Umstände in einer ‚*jaman gila*‘, einer Zeit, die aus den Fugen geraten war. Obwohl diese Erklärungsmechanismen leicht (und oft) als scheinheilige Ausreden abgetan werden könnten, lohnt es sich doch sie aus dem Kontext der Ex-Milizen zu sehen. Diese Erklärungsnarrative definieren das Leben und Selbstverständnis mehrerer Tausend in Westtimor lebenden Osttimoresen, inzwischen in der zweiten Generation. Diese Menschen sehen sich als missverstandene Helden und Opfer der Umstände und können auch schwer diesen Narrativen entfliehen, weil sie sich seit 1999 in einer nach außen hin und von außerhalb abgeschotteten Gemeinschaft leben. Bei den Interviews war es auch frappierend, wie wenig sich die Interviewpartner von diesem Diskurs lösen konnten. Die ‚Ausreden‘ sind aus unserer Perspektive leicht von der Hand zu weisen, aber nicht unbedingt aus der osttimoresischen Perspektive: obwohl die Milizen 1999 nicht direkt von den Unabhängigkeitsbefürwortern bedroht wurde, gaben mehrere Interviewpartner zu Protokoll, dass sie den „*Payback*“ aus früheren Gewaltzyklen, sei es 1942-45, 1959, 1974-75 oder 1975-1982 fürchteten.⁷²

3. Diskussion und Ausblick

Bei allen geschichtlichen, biographischen und politischen Unterschieden gibt es starke Ähnlichkeiten zwischen den selbsternannten Interessenverbänden der Veteranen, Clandestinos und ehemaligen Milizen. Es handelt sich vorwiegend um Männerbünde, die identitätsstiftend sind, und besonders bei den Veteranen und Milizen diese Identität aus ihrer geschichtlichen Rolle im Konflikt ableiten. Es sind daher Identitäten, welche sich auf die Tradition des Kampfes und des Widerstandes aufbauen. Man bleibt in den Strukturen verhaftet. Ihre Biographien sind untrennbar verbunden mit der Geschichte des Widerstandes gegen die indonesische Besatzungsmacht. Taten, die im Namen der Gerechtigkeit und im Widerstande begangen werden, gelten als legitim. Viele der ehemaligen Kämpfer sind gewissermaßen mental nicht demobilisiert und auch oft nicht dazu bereit. Der Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit ist für sie noch nicht beendet. Sie fordern für sich und ihre Gefolgschaft *qua* ihres Status Anerkennung, Kompensation und soziale Gerechtigkeit, sowie auch das Recht Osttimors, sich zu seinen eigenen (und nicht fremdbestimmten) Konditionen zu entwickeln.⁷³ Für sie geht der Kampf weiter, und besonders die Komponente der sozialen Gerechtigkeit kann man bei einem Blick auf die sozioökonomischen Grunddaten schwerlich von der Hand weisen.

Problematisch jedoch ist, dass die Gruppen oft strikt klientelistische Forderungen stellen und die Diskussion um die Vergangenheit schnell zu einem Nullsummenspiel wird: Wer hat am meisten gelitten, wer verdient es am meisten, belohnt oder kompensiert zu werden? Hierbei werden nicht nur Opfer im konventionellem Sinne marginalisiert, sondern auch diejenigen, die im Kampf direkt oder indirekt mit dabei waren, aber nach dem Ende des Konflikts in die gesellschaftliche Unsichtbarkeit abdrifteten. Die Frage nach Gerechtigkeit bleibt eine sehr politisierte. Kann es angehen, dass solche, die gegen die Unabhängigkeit gekämpft haben und sich nun berechtigter- oder unberechtigterweise als Opfer ansehen, auf die gleiche Stufe gestellt werden wie Unabhängigkeitskämpfer oder apolitische Opfer? Wer verdient es, Opfer genannt zu werden? Wer verdient es, als Held angesehen zu werden? Und was wird aus den Tätern?

Osttimors Politik betont die heroische Seite des Widerstandskampfes der Osttimoresen gegen die indonesischen Besatzer, die dunkle Seite aber – die Verbrechen und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die hierbei begangen wurden – wird tabuisiert. Somit findet keine Übernahme von Verantwortung für eigene Täterschaft statt und im Scheinwerferlicht steht die Opferidentität. Gleichfalls sehen sich auch viele Milizionäre von 1999, die verantwortlich waren für Mord, Zwangsvertreibung und Zerstörung, als Opfer. Ihrem Empfinden nach

herrschte 1999 Krieg. Sie haben sich gewehrt und müssen sich somit auch keiner Schuld bewusst sein.

Die politische Elite möchte die Vergangenheit ruhen lassen und den Blick nach vorne richten. In ihrer Logik ist es auch folgerichtig sich für Amnestien einzubringen. Damit aber wird das begangene Unrecht beschwiegen, Täter müssen sich nicht damit auseinandersetzen und können sich selbst als Opfer sehen. Die Opfer und ihre Familien erfahren damit erneut Unrecht. Sie sollen die Vergangenheit hinter sich lassen. Doch das gelingt ihnen ebenso wenig wie der politischen Elite, die selbst noch allzu sehr in den Strukturen des Widerstandes verfangen ist und ihren Anspruch auf politische Positionen daraus ableitet.

Die Tabuisierung der während des Bürgerkrieges untereinander und nachfolgend während der indonesischen Besatzungszeit begangenen Verbrechen behindert die Bildung von der Übernahme von Verantwortung. Es wird auf Altbekanntes zurückgegriffen, eine Bewusstseinsänderung hat noch nicht ausreichend stattgefunden. Chancen zur Veränderung, wie die Anhörungen der Wahrheitskommission und auch der Prozess gegen die Petitionäre eine war, wurden vergeben. Was tun, wenn alte Verhaltensmuster und Logik nicht angeührt werden sollen? Mit wem sollen Opfer sich aussöhnen, wenn auf der Seite gegenüber niemand Verantwortung übernehmen muss und die Verantwortung stattdessen in den Umständen verortet wird? Den Mantel des Vergessens über Ereignisse zu breiten, die an das unerbittliche Licht einer kritischen Öffentlichkeit gehören, bezeichnet Müller-Fahrenholz als eine „billige“ Versöhnung. Eine Aufarbeitung im wirklichen Sinne findet nicht statt und die Maßnahmen in Osttimor bleiben weit hinter dem zurück, was genuine Versöhnungsprozesse zu leisten vermögen.

„Immer wieder versucht die Regierung Probleme, wie jüngst die Krise 2006 zu lösen, ohne die Ursachen zu berühren“, kritisiert José Caetano Guterres vom East Timor Crisis Reflection Network.⁷⁴ Die Petitionäre, die Gruppe der abtrünnigen Soldaten, sind ausbezahlt worden. Gleichfalls haben die internen Flüchtlinge Geld erhalten, damit sie aus den Lagern wieder in ihre Stadtviertel zurückkehren und ihre Häuser wieder aufbauen können. Die „Regierung schüttet Geld aus“, so eine ehemalige *clandestina*, „politische Antworten auf die Probleme hat sie nicht.“ Die Nachhaltigkeit dieser 'Geldlösungen' wird von vielen bezweifelt. Gleichzeitig wachsen Erwartungen und Ansprüche derjenigen, die zur Unabhängigkeit beigetragen haben und für ihre Verluste bislang nicht entschädigt wurden. Die fehlende Anerkennung befördert Sozialneid und Konkurrenz.

Auch der Umgang mit dieser schweren politischen Krise war bestimmt von Begnadigungen und Straflosigkeit und untergrub erneut das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz. Diejenigen, die Häuser niedergebrannt haben,

wurden nicht belangt. Außer Innenminister Rogerio Lobato kam kein weiterer Politiker vor Gericht. Und auch Lobato kam rasch wieder frei. Ramos-Horta hält die Begnadigungen der Rebellen und seines Attentäters für gerechtfertigt, weil er in ihnen Opfer der Umstände sieht, Opfer der Krise von 2006. Schon vor dem Prozess sicherte er ihnen öffentlich rasche Begnadigung zu. Vor Gericht schwiegen sich die Angeklagten über ihre Motive aus. Statt Aufklärung wurde die Wahrheit begraben.

Der Staat habe die Auswirkungen der Gewalt in der Vergangenheit auf die Gesellschaft unterschätzt. Das habe wesentlich zur Krise 2006 beigetragen, meint José Caetano Guterres. „Die Einstellung zu Gewalt hat sich im unabhängigen Osttimor bisher nicht verändert. Sie hat sich manifestiert.“ Die Ursachen und Dynamiken der vielen Konflikte in Osttimor seien unter der Oberfläche sehr lebendig. „Das sind die Tabus, die auf den richtigen Moment warten, dann bricht alles wieder los.“

Die nationale Wahrheitskommission kann auf individueller und gesellschaftlicher Ebene ihre Wirkung nicht vollends entfalten, solange die Umsetzungen von Empfehlungen blockiert bleiben. Ihre Arbeit greift somit zu kurz. Mit ihren Anhörungen und der Offenlegung von Gewalt und Repression hat sie die alten Muster lebendig gehalten, ohne der Bevölkerung aber ausreichend dabei behilflich sein zu können aktiv eine Veränderung vorzunehmen. Hierzu nötige Maßnahmen, wie sie von CAVR und CTF empfohlen wurden, finden sich in der Gesetzesvorlage für das Erinnerungsinstitut. Es ist Aufgabe der Regierungen von Osttimor und ihm Rahmen der von CTF empfohlenen Maßnahmen auch von Indonesien hier Taten folgen zu lassen und Verantwortung dafür zu übernehmen. „Andernfalls bleibt der Aufarbeitungsprozess bei ‚telling stories‘ stehen und verständlicherweise verstärkt dies wiederum die Rufe nach Gerechtigkeit“, so Maria Tschanz, die als Zivile Friedensfachkraft der AGEH bei der Frauenrechtsorganisation Fokupers in Osttimor wirkte.

Bei Versöhnungsprozessen auf Gemeindeebene, wie sie von der nationalen Wahrheitskommission durchgeführt wurden, konnten minderschwere Verbrechen recht gut verhandelt werden. Es kam zu zufriedenstellenden Ergebnissen, da wo Täter Unrecht benannten, Bedauern zeigten und mit einem Ausgleich für ihre Taten gerade standen. Seitens der Bevölkerung besteht enormer Bedarf an einer Fortsetzung dieser Prozesse, dem Regierung und Parlament Rechnung tragen sollten.

4. Fazit

Es ist Osttimors Regierung bislang nicht gelungen, den unterschiedlichen Interessen ausgewogen gerecht zu werden und zu einer konstruktiven Politik im Umgang mit der belasteten Vergangenheit zu finden. Die offiziellen Maßnahmen zur Wahrheitsfindung, durch Kommissionen und Gerichtsverfahren, bleiben für die Opfer unbefriedigend, weil daraus bislang keine ausreichenden Schritte zur Anerkennung und Unterstützung folgten. Dies nährt das Gefühl von Marginalisierung und Ungerechtigkeit. Die zivilen Opfer sind schwach organisiert und unterstreichen ihre Forderung nicht mit Gewaltbereitschaft, auch geht von ihnen kein Sicherheitsrisiko aus. Doch sie bilden eine große Gruppe und jegliche Ausgrenzung ist weder dem Aufbau der jungen Nation förderlich, noch trägt dies zu genuinen Frieden und Stabilität bei. Gleichwohl ist es ein Gebot der Fairness. *„Reparationen sind für die Familien der Opfer wichtig, aber sie können die Wunden nicht heilen, dazu braucht es Gerechtigkeit. Wir brauchen die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland“*, unterstreicht Elisa da Silva dos Santos.

Osttimors Politik des „Vergebens und Vergessens“ nimmt den Menschen – Opfer- und Täterseite – die Möglichkeit der Aussöhnung. Beide Seiten bleiben in ihrer Rolle gefangen, die Konfliktgeschichte kann nicht überwunden werden und bleibt weiterhin im Raum. Das kann ein friedliches Zusammenleben immer wieder gefährden. So war der innere Ablaufplan der Krise 2006 geschrieben von den Verhaltensmustern aus den Widerstandsjahren, die im Hintergrund weiter leben und sich in neuen Situationen wiederholen. Die Krise bot ein Ventil für all diejenigen Dinge, die auf der gesellschaftspolitischen Ebene nicht adressiert wurden.

„Wir Veteranen brauchen Unterstützung, aber nicht nur wir, die ganze Gesellschaft. Was wir brauchen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung der Probleme, der Traumata“, fordert Ina Varella Bradridge, ehemalige Kombattantin der Falintil. *„Vielleicht müssen auch wir in den Spiegel schauen und uns fragen, ob wir damals etwas getan haben, was Menschen in die Reihen der Milizen trieb.“*

Danksagung

Unser besonderer Dank gilt unseren Interviewpartnerinnen und -partnern in Osttimor und Indonesien, sowie Maria Tschanz, die unsere Arbeit wertvoll unterstützt und kritisch begleitet hat. Des weiteren möchten wir Alfons Schabarum, Bella Galhos, Ego Lemos, Eva Ottendörfer, Fernanda Borges, Inge Lempp, João Boavida, José Luís de Oliveira, Josh Trindade, Judith Bovensiepen, Naomi Kinsella, Nuno Rodriguez, Pat Walsh, Rui Viana, Santana Amaral Fernandes und Victoria Kumala Sakti für fruchtbare Anregungen und Austausch danken und der Fachstelle Menschenrechte des Internationalen Katholischen Missionswerks missio dafür, dass mit der Aufnahme der Studie in die Reihe Menschenrechte die unvollendeten Aufarbeitungsprozesse in Osttimor die nötige Öffentlichkeit finden.

Monika Schlicher und Henri Myrntinen

Literatur

- AMNESTY INTERNATIONAL,
International Criminal Court – Timor-Leste: Justice in the Shadow,
London 2010
- BABO-SOARES, Dionísio,
The philosophy and process of grassroots reconciliation (and justice)
in East Timor, in: *The Asia Pacific Journal of Anthropology*, 5:1,
S. 15-33, 2004
- BRAITHWAITE, John,
Chatsworth, Hilary, Soares, Adérito: Networked Governance of Free-
dom and Tyranny – Peace in Timor-Leste, ANU ePress, Canberra
2012. Downloadbar bei <http://epress.anu.edu.au?p=174961>
- BROWN, M. Anne,
Ohne Bodenhaftung - Beim Staatsaufbau in Osttimor wurden tradi-
tionelle Werte vernachlässigt, in: *welt-sichten – Magazin für globale
Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit*, 12-2010/01-2011
- CAVR,
Timor-Leste Internal Political Conflict 1974-1976. Report of the Nati-
onal Public Hearing, December 15-18, 2003, Dili 2009
- CHEGA!,
Relatório da Comissão de Acolhimento, Verdade e Reconciliação de
Timor-Leste (CAVR) – Executive Summary, Dili 2005,
www.easttimor-reconciliation.org
- CENTRE OF STUDIES FOR PEACE AND DEVELOPMENT (CEPAD)
& INTERPEACE,
Timor-Leste: Voices and Paths to Peace, Dili 2009
- CONWAY, Jude (Hrsg.),
Step by Step: Women of East Timor, Stories of Resistance and
Survival, Darwin 2010
- CRISTALIS, Irene und Scott, Catherine,
Independent Women – The Story of Women’s
Activism in East Timor, Catholic Institute for International Relations,
London 2005.
- FOX, James,
Ceremonies of reconciliation as prelude to violence in Suai, in:
Coppel, Charles (ed.), *Violent Conflicts in Indonesia: Analysis,
Representation, Resolution*. Routledge, London 2006
- HARRIS-RIMMER, Susan,
Gender and Transitional Justice: The Women of East Timor.
London 2010
- INTERNATIONAL CENTER FOR TRANSITIONAL JUSTICE, 2010,
Unfulfilled Expectations – Victims’ perception of justice and
reparations in Timor-Leste, Dili 2010
- INTERNATIONAL CENTER FOR TRANSITIONAL JUSTICE,
Press Release, Timor-Leste: Parliament Denies Victims Justice Again,
Dili/New York, February 16, 2011
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP,
Timor-Leste: Reconciliation and Return from Indonesia, Asia Briefing
No. 122, Dili/Brussels, 18 April 2011
- ICRC,
Needs of Families of the Missing in Timor Leste, Dili, 2010
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP,
Timor-Leste’s Veterans: An Unfinished Struggle?,
Update Briefing No. 129, Dili/Jakarta/Brussels, 18 November 2011
- KENT, Lia,
Local Memory Practices in East Timor: Disrupting Transitional Justice
Narratives, in: *The International Journal of Transitional Justice*,
S. 1–22, 2011

- KLINKEN, Helene Van,
Making Them Indonesians: Child Transfers Out of East Timor,
Monash University, Victoria, 2011
- LIPSCOMB, Leigh-Ashley,
Beyond the Truth: Can Reparations Move Peace and Justice Forward
in Timor-Leste?, in: Asia Pacific Issues, Analysis from the East-West
Center No. 93, March 2010
- MAGALHÃES, Fidelis Leite,
Massaker in Osttimor: Liquiça 12 Jahre danach. Meinung, in:
SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor,
Hrsg.: Watch Indonesia!, Nr. 1, 2011
- MYRTTINEN, Henri,
Poster Boys No More – Gender and SSR in Timor Leste. Geneva:
Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) 2009
Myrttinen, Henri: Histories Of Violence, States Of Denial – Militias,
Martial Arts And Masculinities In Timor-Leste, Ph.D. Thesis,
University of KwaZulu-Natal, Durban 2010
- MYRTTINEN, Henri,
Guerrillas, Gangsters and Contractors – Integrating former com-
batants and its impact on SSR and Development in Post-Conflict
Societies, in: Farr, Vanessa; Krupanski, Marc und Schnabel, Albrecht
(Hrsg.), The Security-Development Nexus and Security Sector Reform.
DCAF Yearly Book 2011, Genf: Geneva Centre for the Democratic
Control of Armed Forces
- MYRTTINEN, Henri, SCHLICHER, Monika, UND TSCHANZ, Maria (Hrsg.),
,Die Freiheit, für die wir kämpfen...‘ Osttimor in der Unabhängigkeit,
Berlin 2011
- MYRTTINEN, Henri,
Heroes and Victims, But Never Perpetrators? – Examining Post-
Conflict Militia Discourses in Timor-Leste Vortrag auf der Konferenz
“Regarding the Past: Agency, Power and Representation“, Universität
Marburg, November 1.-3., 2012

- MEIER, Jörg,
Der Osttimor-Konflikt (1998-2002), Gründe und Folgen einer
gescheiterten Integration, Berlin 2005
- OTTENDÖRFER, Eva,
Reparationen für Opfer?, in: SUARA – Zeitschrift für Indonesien und
Osttimor, Nr. 2/2011
- PER MEMORIAM AD SPEM,
Final Report of the Commission on Truth and Friendship (CTF),
May 2008
- ROBINS, Simon,
An Assessment of the Needs of Families of the Missing in Timor-Leste,
The University of York, February 2010
- ROLL, Kate,
Defining Veterans, Capturing History: State-led Post-Conflict Rein-
tegration Programmes in Timor-Leste. M Phil Thesis, University of
Oxford, Oxford 2011
- SAKTI, Victoria Kumala,
Emotions and Cultural Codifications of Remembering Violence in
East Timor, Paper presented at Feelings at the Margins – Emotion and
Marginality in Indonesia Conference, 28.-30.07.2010,
Freie Universität Berlin
- SAKTI, Victoria Kumala,
Erinnerungsarbeit in Osttimor: Das Living Memory Project, in:
Myrttinen, H., Schlicher, M., Tschanz, M.: ,Die Freiheit, für die wir
kämpfen...‘ Osttimor in der Unabhängigkeit, Berlin 2011
- SCAMBARY, James, DA GAMA, Hipolito, BARRETO, João,
A Survey of Gangs and Youth, 2006 Groups in Dili, Timor-Leste.
Report commissioned by AusAid Timor-Leste, Dili 2006
- SCHLICHER, Monika,
Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit – Die Arbeit der Empfangs-,
Wahrheits- und Versöhnungskommission, missio – Reihe Menschen-
rechte Nr. 25, Aachen 2005

- SCHLICHER, Monika,
Geschichte eines Scheiterns: Strafverfolgung und Versöhnung in Osttimor, in: Der Überblick, 01/2007
- SCHLICHER, Monika,
Kampf gegen Windmühlen? Gerechtigkeit und Aufarbeitung in Osttimor, in: SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor, Nr.1, 2011
- SOUSA-SANTOS, José,
'The Last Resistance Generation': The Reintegration and Transformation of Freedom Fighters to Civilians in Timor-Leste, Paper Presented At The RMIT University 'Harii Nasaun Iha Timor-Leste Urbanu No Rural' Conference, 08.-10.07. 2009, Dili
- UNMIT & OFFICE OF THE HIGH COMMISSIONER FOR HUMAN RIGHTS,
Rejection Impunity: Accountability for Human Rights Violations Past and Present, Report on Human Rights Developments in Timor-Leste: 1 July 2008 – 30 June 2009
- UNMIT & OFFICE OF THE HIGH COMMISSIONER FOR HUMAN RIGHTS,
Facing the Future: Periodic Report on Human Rights Developments in Timor-Leste: 1 July 2009 – 30 June 2010
- UNITED NATIONS,
A/HRC/19/58/Add.1, General Assembly, Human Rights Council, Nineteenth session: Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances, Addendum, Mission to Timor-Leste, 26 December 2011
- WALSH, Pat,
At the Scene of the Crime, Preston, 2011
- WORLD BANK,
Defining Heroes: Key Lessons from the Creation of Veterans Policy in Timor-Leste, Washington DC 2008

Endnoten

- 1 wir danken für die Aufzeichnung des Interviews Santina Amaral Fernandes und für die Übersetzung aus dem Tetum Maria Tszanz.
- 2 Sakti, Victoria Kumala Emotions and Cultural Codifications of Remembering Violence in East Timor, 2010, S. 3
- 3 zit. nach: Erinnerungsarbeit in Osttimor: Das Living Memory Project, Victoria Kumala-Sakti; in: Myrntinen, H, Schlicher, M, Tszanz, M.: „Die Freiheit, für die wir kämpfen...“, Osttimor in der Unabhängigkeit, Berlin 2011, S. 92
- 4 AP: Families of Missing seek Closure in Timor Massacres, Guido Goultart, 12.11.2009
- 5 Auf der Suche nach den Verschwundenen, Interview von Monika Schlicher und Maria Tszanz mit Janario de Jesus; in: Myrntinen, Schlicher und Tszanz, 2011, S. 112
- 6 Interview mit Monika Schlicher
- 7 in den folgenden Ausführungen beziehen wir uns auf Geiko Müller-Fahrenholz Beitrag „Versöhnungspolitik“ in: WeltTrends, Nr.37, Winter 2002/2003, S. 87-96
- 8 Myrntinen, 2010, S.133
- 9 Interviews in Dili, Baucau und Viqueque, 2007
- 10 Vgl. Babo-Soares, 2004: Fox, 2006; Kent, 2011
- 11 vgl. ICRC: Needs of Families of the Missing in Timor Leste, Dili, 2010
- 12 Auf der Suche nach den Verschwundenen, Interview von Monika Schlicher und Maria Tszanz mit Janario de Jesus; in Myrntinen, Schlicher und Tszanz, 2011, S. 114
- 13 Valuing the collective sacrifice of independence in the consolidation of democracy in Timor-Leste, National Working Group Report on the priority issue of “Individual and Party Interests over the National Interest, CEPAD, Interpeace, Dili 2012, S. 36
- 14 s. ICTJ: Unfulfilled Expectations, Victims’ perceptions of justice and reparations in Timor-Leste, Dili 2010, S. 2
- 15 vgl. Report of the United Nations: Independent Special Commission of Inquiry for Timor-Leste, Geneva, 2 October 2006
- 16 „Die Stimmen der Opfer bleiben ungehört“, Interview von Monika Schlicher mit Rosa de Sousa, in: SUARA, Nr.3/2008, S.5-6
- 17 s. hierzu: von Braun, Leone: Internationalisierte Strafgerichte; Eine Analyse der Strafverfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen in Osttimor, Sierra Leone und Bosnien-Herzegowina, Berlin 2008
- 18 Braithwaite, John; Chatsworth, Hilary, Soares, Adérito: Networked Governance of Freedom and Tyranny – Peace in Timor-Leste, ANU ePress, Canberra 2012, S. 191
- 19 Braithwaite et.al. S. 194
- 20 Interview mit José Ramos-Horta, in: tageszeitung, 29.11.2002
- 21 Auch Bemühungen um eine Wahrheitskommission sind bislang gescheitert.
- 22 Interview von Monika Schlicher und Maria Tszanz
- 23 vgl. Braithwaite, S. 194
- 24 Interview von Henri Myrntinen mit einem führendem Sagrada Familia Mitglied, Dili, August 2012
- 25 „Wir wissen bis heute nicht genau, wie groß die Zahl der Opfer ist, Interview von Monika Schlicher und Maria Tszanz mit Elisa da Silva dos Santos, in: Myrntinen, Schlicher, Tszanz, S. 97
- 26 Eine Ausnahme stellt der 2012 zu Ende geführte Prozess gegen 3 Mitglieder der Besi Merah Putih Milizen dar. Es kam zu Verurteilungen von 6, 9 und 16 Jahren.
- 27 s. Kampf gegen Windmühlen, Monika Schlicher, in: SUARA, Nr.1/2011, S. 7
- 28 Braithwaite, S. 210
- 29 4. Kooperationsworkshop „Osttimor 10 Jahre in der Unabhängigkeit“, 16.-18. Nov. 2012, in: SUARA, Nr.3/2012, S. 36

- 30 Das Programm war begrenzt, wer nicht aufgenommen wurde, fühlte sich rasch ungerecht behandelt. Auch hier dominierte die Frage „Wer hat mehr gelitten und wem steht was zu?“
- 31 Per Memoriam Ad Spem Final Report of the Commission on Truth and Friendship Indonesia – Timor-Leste, Chapter 9: Recommendations and Lessons Learned, Denpasar, 31.03.2008
- 32 van Klinken, Helene: Die Verschleppten Kinder Osttimors, in: Myrntinen, Schlicher und Tschanz, S. 117-123; siehe auch: van Klinken, Helene: Making them Indonesians. Child Transfers out of East Timor, Victoria, Monash University Press 2011
- 33 „Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht!“, Interview mit Usman Hamid (KontraS), geführt von Fabian Junge. In: SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor Nr. 3/2008
- 34 ICTJ, Unfulfilled Expectations, S. 16
- 35 Interview von Monika Schlicher
- 36 vgl. Ottendörfer, Eva: Reparationen für Opfer?, in: SUARA, Nr.2/11
- 37 Interview von Monika Schlicher
- 38 Interview von Monika Schlicher
- 39 ICTJ: Unfulfilled Expectations, S. 11
- 40 Weitere Mitglieder der Gruppe sind Asociasaun HAK, Fokupers, der Ombudsmann für Menschenrechte und das Human Rights Team der Mission der Vereinten Nationen in Osttimor und sporadisch die Kommission Justitia et Pax.
- 41 Interview von Monika Schlicher
- 42 Interview von Monika Schlicher
- 43 Rede von Jose Nuno bei der Vorstellung des ICTJ Berichts ‚Unfulfilled Expectation‘ in Dili, 11.06.2010
- 44 Konzeptpapier, Gesetzesentwürfe zu Reparationen und dem Institut für Erinnern, sowie die Eingaben von NGOs wie auch die Berichte und Empfehlungen der Wahrheitskommissionen finden sich auf der Homepage von La’o Hamutuk: <http://www.laohamutuk.org/Justice/Reparations/10ReparIndex.htm>
- 45 Radio Timor-Leste, 15.02.2011
- 46 Diario Nacional, 16.02.2011
- 47 The Dili Weekly: Lack on quorum, Parliament fails to Reparation Law for victims 1975-1999, 24. April 2012
- 48 Ottendörfer, Eva: Reparationen für Opfer, in: SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor, Nr.2/2001, S.42
- 49 vgl. Ottendörfer
- 50 Interview von Monika Schlicher
- 51 Fidelis Leite Magalhães: Massaker in Osttimor: Liquiça 12 Jahre danach, in: SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor, Nr. 1/2011, S.9-10
- 52 Diese ist sowohl bei den Veteranengruppen und Clandestino-Verbänden in Osttimor als auch bei den ehemaligen Milizen in Westtimor der Fall.
- 53 Für eine ausführlichere Geschichte der Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesse, siehe zum Beispiel Myrntinen, 2011 und Roll, 2011
- 54 Es handelte sich hierbei eigentlich um eine Entlassung von rund 200 ehemaligen Falintil aus der F-FDTL in den Ruhestand, wurde aber bewusst von Seiten der Regierung als „Demobilisierung der Falintil“ und nicht als routinemäßige Verabschiedung von Staatsbediensteten inszeniert.
- 55 Siehe hierzu Roll, 2011 und World Bank, 2008. Der Prozess der Registrierung hat teilweise zu neuen Konflikten bzw. Neuaufgaben von alten Konflikten geführt, wenn es in den zuständigen Gremien darum ging, ob man Person X als Veteran anerkennen könne oder nicht.

- 56 Der wohl bekannteste Fall ist die Verhaftung des ersten Präsidenten Osttimors, Francisco Xavier do Amaral, durch die Falintil im Jahre 1977 wegen „Hochverrats“, nachdem er versucht hatte, einen Waffenstillstand mit den indonesischen Okkupationstruppen auszuhandeln. Andere Säuberungen innerhalb der Guerilla sind bisher nur unzureichend recherchiert und dokumentiert worden.
- 57 Zu den Auswirkungen vom Bürgerkrieg 1975 und japanischen Okkupation, siehe zum Beispiel CAVR, 2009 und zum „Viqueque-Aufstand“ Gunter, Janet: Communal Conflict in Viqueque and the ‘Charged’ History of ‘59, in: The Asia Pacific Journal of Anthropology, Vol. 8, No. 1, March 2007, pp. 27-41
- 58 Die F-FDTL übernahm rund 650 ehemalige Kämpfer in sein „Heldenbattalion“ (*Batalyon Asuwin*) auf, die PNTL wiederum übernahm rund 150 ehemalige Falintil
- 59 siehe Interview mit Antonio Aitahan Matak, CPD-RDTL, in: Myrntinen, Schlicher und Tschanz, 2011, S.163-165
- 60 Laut Damien Kingsbury (2009, 140) waren Mitglieder von Veteranengruppen möglicherweise maßgeblich an den Anti-UN-Unruhen vom Dezember 2002 beteiligt.
- 61 Zur Rolle weiblicher Mitglieder des Widerstandes, siehe auch Conway, 2011; Cristalis und Scott, 2005 sowie Winters, Rebecca (Hrsg.), 1999. Buibere – The Voice of East Timorese Women, Darwin, East Timor International Support Centre, Darwin 1999
- 62 vgl. Kate Roll, 2011, S.7
- 63 Wie wichtig das Dazugehören zur „großen Familie“ der Falintil/F-FDTL sein kann ist auch aus den Verlautbarungen der ehemaligen Petitionäre um Gastão Salsinha ersichtlich, die trotz ihrer Meuterei und Entlassung aus der Armee auf ihr Recht pochen, als Falintil-FDTL angesehen zu werden – und sicherlich auch um mögliche Gehalts- bzw. Rentenansprüche zu stellen.
- 64 Siehe auch Myrntinen, 2010; Scambary et al, 2006 und Sousa-Santos, 2009
- 65 Trotz dieser Zusammenstöße und Anti-Australischen bzw. Anti-UN Statements und Graffiti hat sich der Antagonismus dieser Gruppen gegen die ausländischen Sicherheitskräfte nie zu einem nachhaltigen Widerstand formiert sondern war eher sporadischer Natur.
- 66 siehe Interview mit Sabica Besi Kulit, in: Myrntinen, Schlicher und Tschanz, 2011, S.166
- 67 Zu den Interviews, siehe Myrntinen, 2010. Die Eindrücke aus den Interviews deckten sich mit ähnlichen Interviews mit ehemaligen Milizen, so z.B. ICG, 2011, Sakti 2010
- 67 Zum Selbstverständnis der Milizen siehe auch Myrntinen, 2010 und Sakti, 2010
- 70 Siehe auch CAVR, 2009; Gunter, 2007, Myrntinen, 2010 und Sakti, 2010
- 70 UNTAS ist eine 2000 gegründete politische Organisation der ehemaligen Milizen. Lange inaktiv, sorgte sie Ende 2010 mit einem Führungswechsel an der Spitze und einer kurzen Phase erhöhter politischer Aktivität für Schlagzeilen. Für eine gute Zusammenfassung der Debatte, siehe International Crisis Group, 2011
- 71 Siehe Myrntinen, 2010 und Myrntinen, 2012
- 72 Vgl. Myrntinen 2010 und 2012
- 73 Diese gilt interessanterweise auch für die in Indonesien verweilenden ehemaligen Milizen, die durchaus eine Rolle für sich in der zukünftigen Entwicklung Osttimors vorstellen
- 74 „Die Ursachen der Krise von 2006 sind nicht behoben“, Interview mit: José Caetano Guterres geführt von Monika Schlicher, in: SUARA, Nr. 1/2009, S. 47

Erschienenene Publikationen

- 52 Osttimors unvollendete Aufarbeitungsprozesse Helden und Opfer: Die Konkurrenz um Anerkennung und Reparationen deutsch (2013) – Bestellnummer 600 327
- 51 Religionsfreiheit in der Türkei? Entwicklungen 2005-2012 deutsch (2012) – Bestellnummer 600 326
- 50 Blasphemie – Vorwürfe und Missbrauch Die pakistanischen Blasphemiegesetze und ihre Folgen deutsch (2012) – Bestellnummer 600 325
- 49 Die Situation der Flüchtlinge aus West-Papua in Papua-Neuguinea – Kulturelle Probleme und menschenrechtliche Fragen deutsch (2012) – Bestellnummer 600 324
- 48 Zauberei, Christentum und Menschenrechte in Papua-Neuguinea deutsch (2012) – Bestellnummer 600 323
- 47 DR Kongo: Eine Bilanz der Gewalt deutsch (2012) – Bestellnummer 600 322
- 46 Weibliche Genitalverstümmelung (FGM) in Senegal deutsch (2012) – Bestellnummer 600 321
Female Genital Mutilation in Senegal englisch (2012) – Bestellnummer 600 321
Mutilations génitales féminines au Sénégal französisch (2012) – Bestellnummer 600 321
- 45 Senegal – Die Lage der Menschenrechte im Casamance-Konflikt deutsch (2011) – Bestellnummer 600 318
The human rights situation in the Casamance conflict englisch (2011) – Bestellnummer 600 319
La Situation des droits de l'homme dans le conflit casamançais französisch (2011) – Bestellnummer 600 320
- 44 Tunesien 2011 – Vor welchen Herausforderungen steht das Land heute? deutsch (2011) – Bestellnummer 600 317
Tunisia 2011 – The challenges facing the country in English (2011) – Order No. 600 317
Tunisie 2011 – les défis à relever par le pays en français (2011) – Numéro de commande 600 317
- 43 Was bedeutet Religionsfreiheit und wann wird sie eingeschränkt? Religionsfreiheit – ein Kurzleitfaden deutsch (2010) – Bestellnummer 600 316
What freedom of religion or belief involves and when it can be limited. A quick guide to religious freedom in English (2010) – Order No. 600 316
Que signifie la liberté religieuse et quand est-elle restreinte? La liberté religieuse – un petit guide en français (2010) – Numéro de commande 600 316
- 42 Christlich glauben, menschlich leben – Menschenrechte als Herausforderung für das Christentum deutsch (2011) – Bestellnummer 600 313
Christian faith, human dignity – Christianity and the human rights challenge in English (2010) – Order No. 600 314
Foi chrétienne et vie humaine – Les droits de l'homme, un défi pour le christianisme en français (2010) – Numéro de commande 600 315
- 41 Die Hintergründe des brutalen Anschlags auf eine koptische Kirche in Alexandria am 1. Januar 2011 – Eine auf 15 Jahre Forschungsarbeit zu den muslimisch-christlichen Beziehungen in Ägypten gestützte Analyse deutsch (2011) – Bestellnummer 600 310
The context of the brutal attack on a Coptic Orthodox church in Alexandria on January 1, 2011 – Analysis based on 15 years of research in Muslim-Christian relations in Egypt in English (2011) – Order No. 600 311
Le contexte de l'odieux attentat perpétré contre une église copte orthodoxe à Alexandrie le 1^{er} janvier 2011 en français (2011) – Numéro de commande 600 312
- 40 Feldstudie zur Praxis der Weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) im heutigen Kenia deutsch (2010) – Bestellnummer 600 309
Field Study on Female Genital Mutilation (FGM) in Kenya Today in English (2010) – Order No. 600 309
La mutilation génitale des femmes (MGF) au Kenya aujourd'hui – Enquête de terrain en français (2010) – Numéro de commande 600 309
- 39 Vom Widerspruch, ein christlicher Dalit zu sein Gräueltaten unter Kastengehörigen: Vanniyar-Christen gegen Dalit-Christen Eraiyur, Tamil Nadu, März 2008 deutsch (2010) – Bestellnummer 600 308
On the Contradiction of being Dalit Christians Caste Atrocity: Vanniar Christians against Dalit Christians Eraiyur, Tamil Nadu, march 2008 in English (2010) – Order No. 600 308
De la contradiction d'être chrétien Dalit Atrocités entre castes : les chrétiens Vanniyaars contre les chrétiens Dalits Eraiyur, Tamil Nadu, mars 2008 en français (2010) – Numéro de commande 600 308
- 38 Vom Widerspruch, ein christlicher Dalit zu sein deutsch (2010) – Bestellnummer 600 307
On the Contradiction of being Dalit Christians in English (2010) – Order No. 600 307
De la contradiction d'être chrétien Dalit en français (2010) – Numéro de commande 600 307
- 37 Malaysia: Übergriffe politischer Extremisten auf Christen: Das „Allah“-Dilemma deutsch (2010) – Bestellnummer 600 306
Malaysia: Christians Harassed by Political Extremists: The "Allah" Dilemma in English (2010) – Order No. 600 306
Malaisie. Les chrétiens persécutés par des extrémistes politiques : la polémique « Allah » en français (2010) – Numéro de commande 600 306
- 36 Menschenrechte und Menschenwürde in Madagaskar – Ein Land sucht seinen Weg deutsch (2009) – Bestellnummer 600 303
- 35 Jakarta und Papua im Dialog – Aus papuanischer Sicht deutsch (2009) – Bestellnummer 600 300
Dialogue between Jakarta and Papua – A perspective from Papua in English (2009) – Order No. 600 301
Le dialogue entre Jakarta et la Papouasie dans la perspective de la Papouasie en français (2009) – Numéro de commande 600 302
- 34 Boko Haram – Nachdenken über Ursachen und Wirkungen deutsch (2009) – Bestellnummer 600 299
Boko Haram: Some reflections on causes and effects in English (2009) – Order No. 600 299
Réflexions sur les causes et les effets de Boko Haram en français (2009) – Numéro de commande 600 299
- 33 Gewalt gegen Christen in Indien – eine Erwiderung Religiöse Gewalt in Orissa: Fragen, Versöhnung, Frieden und Gerechtigkeit deutsch (2009) – Bestellnummer 600 298
Violence against Christians in India – A response Religious Violence in Orissa – Issues, Reconciliation, Peace and Justice in English (2009) – Order No. 600 298
Violences envers les chrétiens en Inde – Éléments de réponse Violence religieuse en Orissa – Enjeux, réconciliation, paix et justice en français (2009) – Numéro de commande 600 298
- 32 Gewalt gegen Christen in Indien – eine Erwiderung Demokratie, Säkularismus und Pluralismus in Indien deutsch (2008) – Bestellnummer 600 297
Violence against Christians in India – A response Democracy, Secularism and Pluralism in India in English (2008) – Order No. 600 297
Violences envers les chrétiens en Inde – Éléments de réponse Démocratie, laïcité et pluralisme en Inde en français (2008) – Numéro de commande 600 297
- 31 Hintergrundinformationen: Aufnahme von Irakflüchtlingen Zur Situation nichtmuslimischer Flüchtlinge in den Nachbarländern des Irak deutsch (2008) – Bestellnummer 600 294
Asylum for Iraqi Refugees – Background Information The situation of non-Muslim refugees in countries bordering on Iraq in English (2008) – Order No. 600 295
L'accueil de réfugiés irakiens – Informations de base : La situation des réfugiés non musulmans dans les États riverains de l'Irak en français (2008) – Numéro de commande 600 296
- 30 Diffamierung von Religionen und die Menschenrechte deutsch (2008) – Bestellnummer 600 293
Defamation of Religions and Human Rights in English (2008) – Order No. 600 293
Diffamation des religions et droits de l'homme en français (2008) – Numéro de commande 600 293
- 29 Simbabwe – der Wahrheit ins Auge sehen, Verantwortung übernehmen deutsch (2008) – Bestellnummer 600 292
Zimbabwe: Facing the truth – Accepting responsibility in English (2008) – Order No. 600 292
Le Zimbabwe : Regarder la vérité en face – Assumer la responsabilité en français (2008) – Numéro de commande 600 292
- 28 Zur Lage der Menschenrechte in Myanmar/Birma. Erste politische Schritte einer Minderheitenkirche deutsch (2008) – Bestellnummer 600 289
The human rights situation in Myanmar/Burma. First political steps of a minority church in English (2008) – Order No. 600 290
La situation des droits de l'Homme au Myanmar/Birmanie. Les premiers pas politiques d'une Église minoritaire en français (2008) – Numéro de commande 600 291
- 27 Zur Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik China – Wandel in der Religionspolitik? deutsch (2008) – Bestellnummer 600 286
Human Rights in the People's Republic of China – Changes in Religious Policy? in English (2008) – Order No. 600 287
La situation des droits de l'Homme en République populaire de Chine – Des changements dans la politique en matière de religion ? en français (2005) – Numéro de commande 600 288
- 26 Asyl für Konvertiten? Zur Problematik der Glaubwürdigkeitsprüfung eines Glaubenswechsels durch Exekutive und Judikative deutsch (2007) – Bestellnummer 600 285
Asylum for Converts? On the problems arising from the credibility test conducted by the executive and the judiciary following a change of faith in English (2007) – Order No. 600 285
L'asile pour les convertis? La question de l'examen de la crédibilité d'une conversion par le pouvoir exécutif et judiciaire en français (2007) – Numéro de commande 600 285
- 25 Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit – die Arbeit der Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission deutsch (2005) – Bestellnummer 600 281
East Timor Faces up to its Past – The Work of the Commission for Reception, Truth and Reconciliation in English (2005) – Order No. 600 282
Le Timor oriental fait face à son histoire : le travail de la Commission d'accueil, de vérité et de réconciliation en français (2005) – Numéro de commande 600 283
Timor Timur menghadapi masa lalunya Kerja Komisi Penerimaan, Kebenaran dan Rekonsiliasi in Indonesian (2005) – Order No. 600 284
- 24 Zur Lage der Menschenrechte in Papua (Indonesien) deutsch (2006) – Bestellnummer 600 277
Interfaith Endeavours for Peace in West Papua (Indonesia) in English (2005) – Order No. 600 278
La situation des droits de l'Homme en Papouasie (Indonésie) en français (2006) – Numéro de commande 600 279
- 23 Zur Lage der Menschenrechte in Liberia: Ein Traum von Freiheit – Der Einsatz der Katholischen Kirche für Frieden und Gerechtigkeit deutsch (2005) – Bestellnummer 600 274
Human rights in Liberia: A dream of freedom – the efforts of the Catholic Church for justice and peace in English (2005) – Order No. 600 275
La situation des droits de l'Homme au Libéria : un rêve de liberté – L'engagement de l'Église catholique pour la justice et la paix en français (2005) – Numéro de commande 600 276
- 22 Möglichkeiten christlich-islamischer Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Menschenrechte und dem Aufbau von Zivilgesellschaften – Dokumentation einer internationalen Fachtagung, 11. bis 14. März 2002, Berlin – Band 2 deutsch (2004) – Bestellnummer 600 271
Opportunities for Christian-Islamic co-operation in upholding human rights and establishing civil societies. Conference in closed session 11/3/2002 – 14/3/2002, Berlin – Volume 2 in English (2004) – Order No. 600 272
Possibilités d'une coopération chrétienne-islamique en vue du respect des droits de l'Homme et de la mise en place de sociétés civiles. Congrès technique en comité restreint, 11-14/03/2002, Berlin – Volume 2 en français (2004) – Numéro de commande 600 273

- 21 **Möglichkeiten christlich-islamischer Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Menschenrechte und dem Aufbau von Zivilgesellschaften – Dokumentation einer internationalen Fachtagung, 11. bis 14. März 2002, Berlin – Band 1**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 268
Opportunities for Christian-Islamic co-operation in upholding human rights and establishing civil societies. Conference in closed session 11/3/2002 – 14/3/2002, Berlin – Volume 1
in English (2004) – Order No. 600 269
Possibilités d'une coopération chrétienne-islamique en vue du respect des droits de l'Homme et de la mise en place de sociétés civiles. Congrès technique en comité restreint, 11-14/03/2002, Berlin – Volume 1
en français (2004) – Numéro de commande 600 270
- 20 **Die Türkei auf dem Weg nach Europa – Religionsfreiheit?**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 264
Human Rights – Turkey on the Road to Europe – Religious Freedom?
in English (2004) – Order No. 600 265
La situation des Droits de l'Homme – La Turquie sur la voie de l'Europe. Où en est la liberté religieuse ?
en français (2004) – Numéro de commande 600 266
- 19 **Zur Lage der Menschenrechte in Ägypten**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 260
Human Rights in Egypt
in English (2004) – Order No. 600 261
Les Droits de l'Homme en Égypte
en français (2004) – Numéro de commande 600 262
- 18 **Zur Lage der Menschenrechte in Laos**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 257
Human Rights in Laos
in English – Order No. 600 257
Les Droits de l'Homme au Laos. L'Église sous la dictature militaire
en français (2004) – Numéro de commande 600 257
- 17 **Zur Lage der Religionsfreiheit im Königreich Kambodscha.**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 257
Religious Freedom in the Kingdom of Cambodia.
in English (2004) – Order No. 600 257
La liberté religieuse au Royaume du Cambodge.
en français (2004) – Numéro de commande 600 257
- 16 **Zur Lage der Menschenrechte in Myanmar/Burma. Kirche unter Militärdiktatur**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 251
Human Rights in Myanmar/Burma. The Church under military dictatorship
in English (2004) – Order No. 600 252
La situation des Droits de l'Homme au Myanmar/Birmanie. L'Église sous la dictature militaire
en français (2004) – Numéro de commande 600 253
- 15 **Zur Lage der Menschenrechte in Ruanda**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 248
Human Rights in Rwanda.
in English (2003) – Order No. 600 249
La situation des Droits de l'Homme au Rwanda
en français (2003) – Numéro de commande 600 250
- 14 **Zur Lage der Menschenrechte in Nigeria**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 245
Human Rights in Nigeria.
in English (2003) – Order No. 600 246
La situation des Droits de l'Homme au Nigeria
en français (2003) – Numéro de commande 600 247
- 13 **Zur Lage der Menschenrechte im Sudan**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 242
Human Rights in Sudan.
in English (2003) – Order No. 600 243
La situation des Droits de l'Homme au Soudan
en français (2003) – Numéro de commande 600 244
- 12 **Zur Lage der Menschenrechte in Südkorea**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 239
Human Rights in South Korea.
in English (2003) – Order No. 600 240
La situation des Droits de l'Homme en Corée du Sud
en français (2003) – Numéro de commande 600 241
- 11 **Zur Lage der Menschenrechte in Simbabwe**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 236
Human Rights in Zimbabwe.
in English (2002) – Order No. 600 237
La situation des Droits de l'Homme au Zimbabwe
en français (2002) – Numéro de commande 600 238
- 10 **Zur Lage der Menschenrechte in Sri Lanka. Über den Einsatz der katholischen Ortskirche für Frieden und Gerechtigkeit.**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 233
Human Rights in Sri Lanka. On the work of the Catholic Church for peace and justice
in English (2002) – Order No. 600 234
La situation des Droits de l'Homme au Sri Lanka. Sur l'engagement de l'Église en faveur de la paix et de la dignité humaine
en français (2002) – Numéro de commande 600 235
- 9 **Zur Lage der Menschenrechte in Vietnam. Religionsfreiheit**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 230
Human Rights in Vietnam. Religious Freedom
in English (2002) – Order No. 600 231
La situation des Droits de l'Homme au Vietnam. Liberté religieuse.
en français (2002) – Numéro de commande 600 232
- 8 **Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen. Situationsbericht aus dem Sudan**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 208
Female Genital Mutilation
A Report on the Present Situation in Sudan
in English (2002) – Order No. 600 208
Mutilations sexuelles chez les fillettes et les femmes. Rapport sur l'état de la situation au Soudan
en français (2002) – Numéro de commande 600 208
- 7 **Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen. Auswertung einer Befragung von Mitarbeiter/innen katholischer kirchlicher Einrichtungen aus 19 afrikanischen Staaten**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 207
Female Genital Mutilation – Evaluation of a Survey Conducted among Staff Members of Catholic Church Institutions in Africa
in English (2002) – Order No. 600 217
Mutilations sexuelles chez les fillettes et les femmes. Évaluation d'une enquête exécutée auprès de collaborateurs d'institutions de l'Église catholique en Afrique
en français (2002) – Numéro de commande 600 227
- 6 **Verfolgte Christen? Dokumentation einer internationalen Fachtagung Berlin, 14./15. September 2001**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 206
Persecuted Christians ? Documentation of an International Conference Berlin 14/15 September 2001
in English (2002) – Order No. 600 216
Des chrétiens persécutés ? Documentation d'une conférence internationale à Berlin 14/15 septembre 2001
en français (2002) – Numéro de commande 600 226